

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags... in der Redaktion... Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Pankoff 193-207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebsstelle: Berlin SW 68 — Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlin, 65 Postkonto-Geschäftl. Expeditionsstelle: Berlin SW 68

Einzelhefte 65 Pf., monatlich 2.00 Mk. Im Voraus zahlbar, Postbezug 4.00 Mk. Vierteljährlich 6.00 Mk. Halbjährlich 11.00 Mk. Einjährlich 20.00 Mk.

Inayatullah auch erledigt.

Der Rebellenführer wird König.

Moskau, 17. Januar.

Einer Funkmeldung aus Kabul zufolge hat König Inayatullah heute morgen abgedankt und sich bei seiner Abdankung seine eigene Unantastbarkeit und die Sicherheit aller Personen, die sich in der königlichen Residenz befinden, ausbedungen. Des Kommandos der Aufständischen teilte mit, daß der Führer der Aufständischen Paschi Saloo unter dem Titel König Chahibullah Chah die Regierung übernehmen werde. In Kabul herrscht völlige Ruhe. Die Paläste sind geschlossen, die Gebäude der ausländischen Botschaften werden von aufständischen Truppen bewacht. Die Haltung der Rebellen gegenüber den Ausländern ist durchaus freundschaftlich. Während der Kämpfe in und um Kabul hat kein Ausländer irgend welchen Schaden erlitten.

Die zwietheilige Königskrone von Inayatullahs Bruder und Nachfolger hat knapp drei Tage gedauert. Der neue König ist, wie der Herrscher von Persien, Rifa, aus der Tiefe aufgestiegen; sein Vater war Wasserträger.

Interessant ist der freundliche Ton der Moskauer Meldung, die den Kabulser Funktionär ohne jede Einschränkung oder Anweisung weitergibt.

Der König ohne Truppen.

Moskau, 17. Januar.

Nach britischer Unterbrechung ist heute die Rundverbindung Moskau-Kabul wieder aufgenommen worden. Den aus Kabul übermittelten Berichten zufolge haben die Aufständischen nach der Abdankung Inayatullahs ihren Vorstoß gegen Kabul fortgesetzt und es gelang ihnen, die Residenz des Königs, in der sich zum

Schutz des neuen Herrschers Inayatullah und der Regierungsmitglieder nur ein kleiner Truppenteil befand, zu umfassen. Die Aufständischen fordern die bedingungslose Unterwerfung Inayatullahs und der Regierung und drohen, im Falle einer Weigerung, die Residenz zu stürmen.

Kabul in Rebellenhand.

Der neue König machtlos.

Kabul, 17. Januar.

Es bestätigt sich, daß die Stadt Kabul bereits von den Aufständischen besetzt ist und Straßenkämpfe tobten. Die Aufständischenarmee hat das Gebäude der türkischen Botschaft beschossen. Der neue König befindet sich zwar immer noch in Kabul, beherrscht aber die Lage nicht. Drei Viertel der Armee steht zu den Aufständischen; ihr Führer, General Paschi Saloo, hat abgelehnt, mit den Briten zu verhandeln, die der neue König zu ihm gelangt hatte.

Zusätzlich meldet Reuters, daß die Kämpfe in Kabul aufgehört haben sollen. Die letzten in Chaman eingetroffenen Reisenden erzählten, Inayatullah sei am 18. Januar in Kandahar angekommen und die Königsstandarte wäre über seinen Wohnort.

Englischer Flieger abgeschossen.

Bombay, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Die „Free Press of India“ berichtet aus Beluchistan, daß ein englischer Flieger, der angeblich auf eigenes Risiko zur Information über die Lage im Aufständigengebiet afghanisches Territorium überflogen hat, abgeschossen und in der Nähe von Kabul zum Niedergehen gezwungen worden ist. Man weiß noch nicht, ob regierungstreue Truppen oder „Rebellen“ ihn herunterschossen haben.

mehr Wellfischen geben könne, solange die Staatsmänner sich durch militärische Forderungen einschüchtern lassen.

Bisher wenig Kommentare in Paris.

Paris, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Die französische Presse veröffentlicht am Donnerstag in großen Auszügen das von der englischen „Review of Reviews“ publizierte Memorandum des Generals Croener. Die Minister enthalten sich dabei in allgemeinen eines Kommentars. Der „Temps“ gibt der Meinung Ausdruck, daß man an ihm ohne Zweifel gewisse in Deutschland weitverbreitete Gedanken angeknüpfen könne.

Die nationalistiche „Liberte“ weist am Donnerstag, wie dies bereits vor einigen Tagen in der Kammer geschehen ist, auf die besonderen Qualitäten des neuen deutschen Panzerkreuzers hin. Das Blatt erklärt, Deutschland verfüge also vollständig über die schnellsten Kreuzer, wovon bezweifelt werden soll, daß von Deutschland der Anfang eines neuen Rüstungswettbewerbs ausgehe.

ist, wenn ein Drittel der Mitglieder des Nationalrats es verlangt. Nach der Befassung ist die Volksabstimmung nur über eine Gesamtänderung der Verfassung und nur dann über beschlossene Gesetze anzusetzen, wenn die Mehrheit des Nationalrats es verlangt. Der sozialdemokratische Antrag bedarf zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments.

Probemobilmachung gegen Ukrainer.

Reserven in Ostgalizien einberufen.

Warschau, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der amtlichen polnischen Telegraphen-Agentur zufolge ist in drei ostgalizischen Volkswirtschaften eine Probemobilmachung von mehreren Reservejahrgängen angedacht worden. Dieses Kriegsspiel wird kaum zur Änderung der in diesen Gebieten ohnehin gespannten Beziehungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Bevölkerung beitragen.

Ein Alarmruf.

Der Arbeitsmarkt an der Jahrespende.

Von Wl. Woytinsky.

Der Bericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Arbeitslosigkeit Ende Dezember wirkt wie ein Alarmruf. Die Lage gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß und fordert, daß mit Entschlossenheit gehandelt wird.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, die in den Sommermonaten 1928 von 6,2 bis 6,6 Proz. schwankte, ist Ende Oktober auf 1,3 Proz. und Ende November auf 9,4 Proz. gestiegen, um gegen Jahresende die unheimliche Höhe von 16,7 Proz. zu erreichen. Damit sind wir mit einem Schlage zu der gleichen unerfreulichen Lage zurückgekehrt, wie sie zur Jahreswende 1926/27 zu verzeichnen war.

Freilich läßt sich die Steigerung der Arbeitslosigkeit zum Teil auf Saisoninflüsse zurückführen; der Rückgang des Beschäftigungsgrades in den Außenberufen dürfte keinen Anlaß zu besonderen Sorgen geben. Aber gerade in diesen Berufen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten nur „normal“ d. h. nicht stärker als in den früheren Jahren gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern in den wichtigsten Außenberufen betrug in Prozenten:

Beruf	1927		1928	
	Oktober	Dezember	Oktober	Dezember
Bäcker	14,0	20,9	33,8	14,1
Baugewerksbund	4,9	24,5	52,7	8,9
Brot	7,3	13,7	31,4	11,7
Baumarbeiter	6,3	17,2	35,2	12,3
Buchbinder	5,9	41,5	66,1	15,0
Steinarbeiter	1,5	0,0	52,0	9,7
Steinmetzen im Bauhandwerk	7,0	18,1	23,7	12,5
Die 7 Gruppen	5,4	20,6	44,1	18,5

In den hier angeführten Gruppen (auf die rund 20 Proz. des Mitgliederbestandes der freien Gewerkschaften entfallen) stieg die Arbeitslosigkeit im Jahre 1927 von 3,4 Proz. (Ende Oktober) auf 44,1 Proz. (Jahresende), d. h. um 38,7 Punkte, und im Jahre 1928 von 10,2 Proz. auf 46,8 Proz., d. h. um 36,6 Punkte. Selbstverständlich zeugen so große „normale“ Schwankungen für eine höchst unrationale Organisation des Arbeitsmarktes und in erster Linie der Bauwirtschaft und bringen die alte Forderung der Bauarbeiter in Erinnerung, daß die Bauaufträge gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden.

Mit einem Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur haben aber die oben gedachten Zahlen nicht das geringste zu tun; um über die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftsjunktur urteilen zu können, muß man die Arbeitslosigkeit in denjenigen Berufen und Verbänden beobachten, deren Beschäftigungsgrad nicht unmittelbar von den Witterungsverhältnissen abhängig ist, — und eben in diesen Berufen ist in den letzten Wochen 1928 eine entschiedene Verschlechterung eingetreten.

Die Arbeitslosigkeit in den vom Wetter weitestgehend unabhängigen Industrien betrug:

Beruf	1928 bei den		1927 bei den	
	Oktober	Dezember	Oktober	Dezember
Metallarbeitsern	5,4	5,7	6,2	7,0
Textilarbeitsern	8,4	8,6	7,6	7,7
Bekleidungsarbeiter	9,0	10,1	10,1	13,0
Buchdrucker	5,9	5,5	6,1	6,7
Buchbinder	7,5	6,7	6,4	5,0
Lebendarbeiter	8,3	8,1	8,3	9,0
Sattler	16,4	15,7	14,2	15,3
Schuhmacher	17,7	17,3	18,6	18,9
Haararbeitsern	9,7	8,9	9,4	11,4
Tabakarbeitsern	9,0	10,1	10,5	10,9
Pflichter	5,6	5,5	5,6	5,8
Bäcker	8,1	7,5	6,9	7,8

Bis zum Oktober waren in den meisten Verbänden nur geringe Schwankungen der Arbeitslosigkeit zu erkennen, die im großen und ganzen gegenüber der Lage hielten. Im Dezember ließ sich in sämtlichen Berufen eine Verschlechterung erkennen. Die einzige Ausnahme macht der Bergbau, in dem nach der Steigerung der Arbeitslosigkeit im November (infolge der Ruhrabenteurer) im Dezember eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades eintrat. Besseren sind bei der allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit auch gewisse saisonmäßige Einflüsse nicht ohne Wirkung geblieben (wahrnehmbar war dieses im Bekleidungs- und im Bauhandwerk). Ausschlaggebend dürfen aber diese Einflüsse nicht gewesen sein, entscheidend war der Rückgang der Konjunktur.

Dabei war auch die Entwicklung der Kurzarbeit in den letzten Monaten nicht sehr erfreulich: Zwar nahm die Zahl der Kurzarbeiter nicht zu (in einzelnen Verbänden ging sie sogar zurück, da die Kurzarbeit sich in volle Arbeitslosigkeit veränderte), aber man konnte eine Verlängerung der durchschnittlichen Dauer der Kurzarbeit feststellen.

Wir wollen hier nicht auf alle Ursachen des Rückgangs der Wirtschaftsanjunktur eingehen, unter denen auch die rück-

Das Echo der Groener-Denkschrift.

Treffende Charakterisierung durch den „Daily Herald“.

London, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ bezeichnet in einem Leitartikel das Memorandum Groeners als ein typisches Zeugnis militärischen Denkens. Generale und Admirale seien von Natur aus und dank ihres Berufes Panikmänner. Um ihre Kommanden, Schiffe, Aeroplane usw. von den Kabinetten und Finanzministern zu erhalten, pflegten sie zum nächstgelegenen Mittel der Furchterzeugung zu greifen. So quälte General Groener seine Kollegen mit dem Gespenst eines polnischen Einfalls, falls er seine Kreuzer nicht erhalte. In Warschau werde eine große Armee gefordert, weil die Deutschen eine Zerstörerflotille Schlesiens und des Karibors planten. In Paris bewilligte die Kammer Millionenbeträge für eine Festungsflotte gegen eine deutsche und italienische Invasion. In London erhalte die Admiralität ihre Kreuzer, da die Handelswege gefährdet seien — ebenso sei es in Washington! Die Forderungen zu Land und zu See lägen Phantasmen nach. Immer behaupteten sie, man werde „sicher“ sein, wenn man etwas mehr habe, aber dann komme der Nachbar und fordere und erhalte noch mehr, worauf man selbst wieder etwas

Reichshaushalt fertiggestellt.

Gleichzeitig mit der Deckungsvorlage im Reichskabinett verabschiedet.

Das Reichskabinett verabschiedete am Donnerstag den Reichshaushalt und die seine Deckung betreffenden Vorlagen. Der Reichshaushalt wird nunmehr unverzüglich dem Reichstag zum Beschluss vorgelegt werden.

Volksabstimmung in Deutschösterreich.

Für alle Gesetze beantragt.

Wien, 17. Januar. (Eigenbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Nationalrats brachten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Völkerung der Verfassung in dem Sinne ein, daß jedes vom Nationalrat und Bundesrat beschlossene Gesetz der Volksabstimmung zu unterliegen

Arbeitsschutzgesetz verschlechtert.

Die Ausnahmebestimmungen für Kleinbetriebe vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag die Arbeitsschutzgesetzvorlage. Die Vertreter von Bayern, Württemberg und der Provinz Westfalen stimmten gegen die Vorlage. — Der Antrag der Reichsregierung, die Bestimmungen über den Kostenschutz zu streichen, wurde angenommen.

Die Ausnahmebestimmung, die dem Arbeitsminister das Recht gibt, die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit im künftigen Gesetz für Betriebe bis zu fünf Arbeitern aufzuheben, wurde mit den preussischen Stimmen aufrechterhalten.

Die Vertretung Württembergs hat im Reichsrat das Arbeitsschutzgesetz abgelehnt. Die Regierung ließ von ihrem Vertreter zur Begründung dieser Haltung eine Erklärung abgeben, in der es heißt, sie habe

„die geplante absehbende Neuordnung des gesamten allgemeinen, öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes auf das lebhafteste begrüßt und gern dem vom Reichsarbeitsministerium eingebrachten neuen Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ihre Zustimmung gegeben, wenn nicht der Entwurf in seinem 6. Abschnitt gegenüber dem vom Reichsrat in der Sitzung vom 24. März 1928 verabschiedeten früheren Entwurf wesentliche sachliche Änderungen erfahren haben würde. Die geplante Ausgestaltung der Arbeitsaufsichts-

behörden, die künftig nur noch dem Namen nach Landesbehörden sind, bedeutet einen weiteren schweren Eingriff in die Eigenständigkeit der Länder, für den in keiner Weise ein sachliches Bedürfnis besteht und das den Ländern erhebliche Mehrkosten bringen wird. Der 6. Abschnitt des Entwurfes steht nach den Beschlüssen des Reichsrats bereits eine Art Aufsichtsverwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsaufsicht; nach den Beschlüssen der Reichsregierung sollte über die grundsätzliche Frage der einmaligen Einführung der sogenannten Auftragsverwaltung und der Umfang der von der Auftragsverwaltung zu erfüllenden Gebiete zuerst von der Länderkonferenz geprüft werden; es erscheint unzulässig, dieser Prüfung vorzugreifen.“

Es sind also die lederscheinigsten, partikularen, sozialpolitischen Gründe, die Sozialpolitik der Rückständigkeit der württembergischen Regierung zu verschleiern oder zu demüteln. Die Regierung besteht zur Hälfte aus Zentrumsmännern, und insbesondere das Wirtschaftsministerium wird jetzt von Herrn Beyerle verwaltet, der zugleich Landesvorsitzender der Zentrumspartei ist. Jetzt kann man die Schuld für eine solche Haltung nicht mehr auf Bazille abschieben, der diesem Ministerium vorstand, sondern muß sich verantworten. Die christlichen Arbeiter können daraus erkennen, wieviel den Führern ihrer Partei der Ausbau und die Förderung der Gewerkschaften gilt.

fichtlose Politik der Unternehmer eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt. Boraus es jetzt vor allem ankommt, ist eine entscheidende konjunkturfördernde Politik. Neben der Förderung der Bauaktivität für das kommende Frühjahr und Auftragsverteilung seitens der Reichseisenbahn und der Reichspost ist die Festigung des Binnenmarktes notwendig. Ein Rückgang des Verbrauches der Volksmassen hätte für den weiteren Verlauf der Wirtschaftskonjunktur die verhängnisvollsten Folgen. Ein solcher Rückgang wird aber unvermeidlich werden, falls die Krisenfürsorge nicht ausgebaut wird und das Reich der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung notwendige finanzielle Unterstützung verweigert. Ebenso birgt jeder Druck auf die Löhne eine weitere Gefährdung der Wirtschaftskonjunktur in sich.

Der jüngste Bericht des ADGB über die Arbeitslosigkeit am der Jahreswende fordert die gesamte Arbeiterschaft des Reiches zum entscheidenden Kampf auf, um eine weitere Unterminierung der Wirtschaftskonjunktur zu verhindern und ihre planmäßige Förderung zu sichern.

Politik im Londoner Rundfunk.

Am 22. Januar abends. — Ein interessantes Experiment. Kann Deutschland nicht mithören?

Wie die englischen Zeitungen berichten, ist noch langwierigen Verhandlungen zwischen den drei großen englischen Parteien und der Londoner Rundfunkgesellschaft eine politische Rundfunkdebatte vereinbart worden. Dieses Rebellentum wird ein aktuelles Thema der inneren britischen Politik zum Gegenstand haben, nämlich eine von der jetzigen Regierung eingebrachte Steuerermäßigungsvorlage.

Vom kommenden Dienstag, dem 22. Januar, von 22.30 Uhr (Berliner Zeit) bis 23.30 Uhr, werden Vertreter der drei Parteien für die konservativen Partei und zugleich für das Kabinett der Unterstaatssekretär Sir Kingsley Wood, für die Arbeiterpartei Arthur Greenwood und für die Liberalen Ramsay Muir, alle drei Redner sind Unterhausabgeordnete. Ihre Redezeit beträgt je 20 Minuten, außerdem kann der Vertreter der Regierungspartei ein Schlusswort von 10 Minuten halten.

Es handelt sich zweifellos um ein interessantes Experiment, dem nicht nur in England Beachtung geschenkt werden sollte. Seine Durchführung in Deutschland dürfte zwar nicht ganz einfach sein, denn in England gibt es ja nur drei große politische Parteien, während bei uns allein zehn Parteien im Reichstag die geschäftsordnungsmäßige Teilnahme besitzen.

Dennoch wäre es wertvoll, diesen Versuch auch von Deutschland aus verfolgen zu können, zumal die Frage der politischen Verwendung des Rundfunks nachdringlich zur Debatte steht. Wäre es nicht möglich, im Interesse der vielen Tausende von Hörern, die englisch verstehen, diese Londoner Rundfunkdebatte über den Berliner Sender zu übertragen? Die Zeit dürfte sich jedenfalls ausgezeichnet dazu eignen, da der Beginn der Londoner Diskussion gerade mit der Beendigung der Arbeiter- und Tagesnachrichten zusammenfällt. Es würde sich also lediglich darum handeln, die übliche Langmusik um 14 Stunden zu verschieben oder sie an diesem Abend überhaupt ausfallen zu lassen. Das dürfte sich ohne weiteres im Interesse der Sache machen lassen.

Der Rattragetat.

Spezialberatung im Haushaltsausschuß.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand die Spezialberatung des Rattragetat für 1928, und zwar sollte zunächst der Einzeletat des Reichsjustizministeriums beraten werden. Bevor aber diese Beratung aufgenommen werden konnte, entstand wiederum eine sehr ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte über die Art, wie diese Spezialdebatte zu führen sei. Die großen Schwierigkeiten der diesmahligen Beratung sind zweifacher Natur. Erstens bringt der Rattrag den Personaletat 1928 wie zugleich mit gewissen Modifikationen auch den für 1929, zweitens sind zwar die für 1928 anstehenden Kosten gedeckt, für 1929 aber kennt noch niemand — mindestens solange das Kabinett keine Etatberatungen nicht abgeschlossen hat — die Deckungsanschläge der Reichsregierung. Man einigte sich schließlich auf einen vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Verhandlungsmodus und erledigte den Etat in erster Lesung.

Eine grundsätzliche Debatte entspann sich nur beim Patentamt, für das zahlreiche neue Stellen angefordert sind. Diese Stellenvermehrung wurde von der Reichsregierung mit der trassen Parlage begründet, in der sich gerade dieses Amt befindet. Der Geschäftsumfang des Amtes steige von Jahr zu Jahr stetig an, so daß auch nach größter Anspannung aller Kräfte die Rückstände wachsen und wachsen müssen. In dem letzten Jahre seien über 75 000 Patentanmeldungen zu verzeichnen gewesen. Mit dem vorhandenen Personal sei diese Arbeit nicht in der Weise zu erledigen, die verlangt werden müsse. Mehrkosten werden dem Reich dadurch nicht erwachsen, denn das Patentamt erhalte sich nicht nur selbst, sondern bringe darüber hinaus die Gesamtkosten des Reichsjustizministeriums auf.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die das Patentamt betreffenden Titel in einem Unterauschuß zu beraten, in dem auch eine Vereinfachung des Geschäftsganges und die Frage erörtert werden sollte, ob das Patentamt dem Reichsjustizministerium angegliedert bleiben müsse.

Zunächst 1 Milliarde Dollar.

Abgelaufene Verhandlungen zwischen Großbanken über Kreditisierung der deutschen Schuld.

Paris, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der „Antragegenstand“ wies am Donnerstag zu berichten, daß zwischen den führenden Banken der interessierten Staaten zurzeit Verhandlungen wegen der Kreditisierung der deutschen Schuld im Gange seien. Zunächst sei an die Emittenten von Obligationen im Werte von einer Milliarde Dollar gedacht.

Amerika stimmt der Wohl Youngs und Morgans zu.

Washington, 17. Januar.

Staatssekretär Kellogg erklärte dem englischen Botschafter, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der Wohl Youngs und Morgans zustimme. Der englische Botschafter reist nun sofort nach New York ab, um die beiden Erwählten amtlich einzuladen.

Erst gehorcht, dann entlassen.

Das 'Revolution' in der 'Welt am Abend'.

Der kürzeste W der Geschäftsführer der „Welt am Abend“, Schönbeck, Knoll und Hall entlassen worden. Es ist berichtet, daß vor einigen Monaten einen Konflikt mit dem großen Max Holz hatte, wobei er „die harte bolschewistische Faust“ des Redaktionsleiters auf seiner Wade zu spüren bekam. Die Entlassung Schönbecks hat in kommunistischen Kreisen einige Erregung hervorgerufen. Die Freunde Schönbecks behaupten, seine Entlassung sei nur darum erfolgt, weil er sich geweigert hätte, einige Rechtskommunisten, die in der „Welt am Abend“ beschäftigt sind, nach Münchens Reichsbrief zu machen. Gleichwohl, ob diese Darstellung stimmt oder nicht, bleibt der Fall Schönbeck ein neues Symptom für den Zerfallsprozess in der SPD.

Die Brandler-Opposition stößt vor.

Während der Erklärung der sächsischen Rechtskommunisten im Sächsischen Landtag, daß sie eine eigene Fraktion gebildet hätten, hatte sich der Führer der Rechtsopposition Brandler im Sächsischen Landtag eingefunden. Die Erklärung, die durch den Landtagsabgeordneten Bötzsche abgegeben wurde, entspricht dem Brandler-Thalheimer-Programm. In einer Besprechung Brandlers mit den Mitgliedern der neuen Fraktion wurde über die organisatorische Sammlung der Anhänger der Rechtspartei in Sachsen verhandelt und gleichzeitig ins Auge gefaßt, ein eigenes Organ der Brandler-Richtung in Sachsen herauszugeben.

Ausschluß, Ausschluß!

Frankfurt a. M., 17. Januar. (Eigenbericht.)

Wie die kommunistische „Arbeiterzeitung“ am Donnerstag mitteilt, fand am vergangenen Sonntag in Offenbach eine Fraktionskonferenz der rechten Oppositionskreise für den Freistaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau statt, die mit einem Referat des Reichstagsabgeordneten Paul Fröhlich begann und mit einem Langvortrag endete. Als Anwort darauf teilte die kommunistische Bezirksleitung mit, daß die in führender Stellung befindlichen Frankfurter kommunistischen Parteimitglieder Joseph Lang, Emil Bloch und Philipp Bloch aus der SPD ausgeschlossen worden sind. Den führenden Kommunisten in der Hochburg Hanau, Helmrich Bücher, Karl Böhl und Georg Winkler wurde eine Erklärung vorgelesen, die bis zum 21. Januar unterschrieben sein muß. Andernfalls werden auch sie ausgeschlossen.

Eine Groteske in Sachsen.

Der republikanische Kultusminister als Verteidiger des fürstlichen Absolutismus.

Dresden, 17. Januar. (Eigenbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Sächsischen Landtages wurde die Regierung ersucht, anlässlich des 200jährigen Geburtstages von Lessing einen Lessing-Preis in Höhe von 5000 Mark zu stiften. Der Preis soll Schriftstellern zur Verfügung gestellt werden, die in Sachsen geboren sind oder mehrere Jahre in Sachsen wohnen. Die Regierung erklärte, daß der Preis erstmalig bald zur Verteilung kommt. Ueber die Frage, ob aus dem Lessing-Preis eine Dauereinkünfte werden soll, werde sie sich mit dem Landtag noch in Verbindung setzen. Im Verlauf der Debatte erinnerte ein demokratischer Abgeordneter daran, daß Lessing einem von der damaligen sächsischen Regierung angeführten Gotteslästerungsprozess nur durch den Tod entgangen sei. Der vormalige Kultusminister Dr. Kaiser sah es merkwürdigerweise als seine Aufgabe an, das absolute Sachsen von vor 200 Jahren zu verteidigen. Er warf dem demokratischen Abgeordneten vor, Sachsen herabgesetzt zu haben!

Die christliche Einheitsfront.

Zentrum und Rechtsparteien gemein'am für Ausdehnung der kirchlichen Rechte.

Die Zentrumspartei, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben bei der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums im Hauptauschuß des preussischen Landtages folgenden gemeinsamen Antrag gestellt: „Das Staatsministerium wird ersucht, eine grundsätzliche Verfügung in der Form einer Ausführungsbestimmung zu dem Artikel 141 der Reichsverfassung für Preußen erlassen. Demgemäß die Geistlichen der Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen in allen Krankenanstalten zugelassen sind, auch wenn die Kranken Anwesen-

nicht ausdrücklich das Verlangen nach einem Besuch des Geistlichen ausdrücken, und daß außerdem in allen Krankenanstalten den Geistlichen die Möglichkeit geboten wird, sich in geeigneter Weise Kenntnis von dem Religionsbekenntnis der Kranken zu verschaffen.“

Der Gotteslästerungsparagraph.

Ein B. rufen gegen die „Fränkische Tagespost“.

Münchberg, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Die Staatsanwaltschaft Münchberg will im Weitauf mit dem Schuß des lieben Gottes nicht zurückbleiben. In der Redaktion der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ erschienen zwei Artikel, die gegen den Paragraphen 166 des Strafgesetzbuchs gerichtet waren. Die Druckplatten der unfrankierten Beilage „Der Schaufast“ vom 3. Januar zu beschlagnahmen. Warum diese Haupt- und Staatsaktion? Im fraglichen Schaufast stand in der Rubrik „Schaufast“ eine kleine Geschichte mit dem Titel „Die letzte Oelung“. Diese kurze Glosse kritisierte die herbe Art baltischer Bauern im Umgang mit ihren kirchlichen Führern. Bei der Aufnahme dieser Glosse hat der Redaktion der „Tagespost“ natürlich nichts fernere gelegen, als den lieben Gott zu lästern, um so mehr, als in den fruchtbarsten Gegenden Bayerns bei solchem Unfug Woge herrschte, mit denen verfallen die wiedergegebene Darstellung des baltischen Bauern tödlich harmlos ist. Es wird langjam lächerlich, wegen der geringsten freieren Meinung den § 166 des Strafgesetzbuchs zu bemühen!

Ungarischer Index.

Welche Bücher in Ungarn nicht verbreitet werden dürfen.

Die Reaktion errichtet an den Grenzen Ungarns eine chinesische Mauer zur Fernhaltung sozialistischer Bücher. So sind in Ungarn die folgenden Bücher verboten:

- Karl Marx: Das Kapital.
- Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Kampf.
- Friedrich Engels: Vergessene Briefe.
- Liebknecht: Willen ist Macht, Macht ist Willen.
- Stiffanzon: Geschichte der Commune vom Jahre 1871.
- Franz Diederich: Marx-Brevier.
- Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis.
- „ „ „ Einführung in die Nationalökonomie.
- „ „ „ Briefe an Karl und Louise Kautsky.
- Julian Borchardt: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus.
- Max Adler: Der Marxismus als proletarische Lebenslehre.
- Friedrich Adler: Der Bericht über die britische Sozialdemokratie über Rußland.
- Dito Bauer: Die österreichische Republikation.
- Erwin Sachs: Soziale und Parteikämpfe während der ungarischen Revolution 1848—1849.

Das Verbot dieser Bücher ist mit der größten Gefahr verbunden. Bei wem solche Bücher vorgefunden werden, gegen den wird das Strafverfahren eingeleitet. In Syntes z. B. hat die Polizei aus der Bibliothek eines Arbeitervereins Ramsay MacDonalds Buch über die sozialistische Bewegung als staatsgefährliche Lektüre konfisziert! Auch alle republikanischen Bücher und selbst Remontranten habebürgerlicher Tendenz sind verboten, da sie harmlos nicht passen.

Etwas für Herrn Groener.

Die Rüstinger Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei verwendet — wie die sozialistische „Republik“ in Rüstingen merkt — Briefbogen mit dem Vermerk, daß die Partei über den Fernsprechsprechapparat „Festungszentrale Nr. 101“ verfügt. Anträge an die Marineverwaltung in Rüstingen, warum der Deutschnationalen Partei ein Telefon der Festungszentrale zur Verfügung gestellt wird, blieben bisher unbeantwortet.

Allezeit interessiert sich der Reichswehrminister oder der Chef der Marineleitung sehr für den Fall. Es ist vor allem zu klären, zu welchem Zwecke einer deutschnationalen Ortsgruppe Fernsprechanlagen der Marineverwaltung zur Verfügung gestellt werden und wer hierfür verantwortlich ist?

Nachspiel zum Lombarda-Prozess. Die dänische Regierung beschloß, eine Reihe von Personen, die man vermutet, mit der Bayern-Angelegenheit in Verbindung gestanden zu haben, polizeilich verhören zu lassen.

Der Prälat von Straßburg hat das neue von dem allfälligen Nationalisten Baron von Bülch herausgegebenen deutsch-protestantischen Wochenblatt „Der Wiberball“ sofort nach dem Erscheinen der ersten Nummer verboten. Die irrenden Ausgabe der gleichen Wochenchrift darf dagegen weiter erscheinen.

Stadthaushalt 1929.

Der Stadtkämmerer legt ihn den Stadtverordneten vor.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung trat gestern in die Beratung des Stadthaushaltplanes für 1929 ein. Dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf legte der Stadtkämmerer mit einer erläuternden Rede vor, die — wie wir es bei Kämmererreden alljährlich erleben — die „Pflicht zur Sparfahigkeit“ stark betonte. Auf's neue wies er auf die Schwierigkeiten hin, die für Berlin infolge der ungerechten Regelung des Finanzausgleichs entstehen. Nur durch Beschränkung der Ausgaben auf das Notwendigste ist es möglich gewesen, in dem Haushaltsplan das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Nachdrücklich wandte der Stadtkämmerer sich gegen die sinn- und gewissenlosen Behauptungen, die über Berlins Schuldenlast in der rechtschreibenden Presse verbreitet worden sind. Die Schulden pro Kopf der Bevölkerung sind für die Stadt Berlin tatsächlich geringer als der Durchschnitt für alle Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Gestern nahmen die Redner der Fraktionen noch nicht das Wort zum Haushaltsplan. Sie werden das in der nächsten Sitzung tun.

ständigen, die mit einem Stärkerwerden der Grippe nicht rechnen, teilte der Stadtmedizinalrat nicht. Er betont, daß in solchen Fällen Vorsicht immer angebracht sei und erklärte schließlich, daß die Stadtverwaltung glaube,

mit ausreichenden Maßnahmen gegen die Grippe griffen zu sein.

Ein unbedingtes Schutzmittel sei leider noch nicht gefunden, doch nehmen in der neueren Zeit solche Erkrankungen lange nicht mehr den epidemischen Charakter an wie früher, als die Stadt Berlin in gesundheitlicher Beziehung noch nicht so gerüstet war. (Lebhafter Beifall im Hause.)

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Strieder: Ohne sich einer Ubertreibung schuldig zu machen, müßte man feststellen, daß die Grippe in Berlin durchaus noch nicht abgeklaut ist. Allerdings ist der Grad der Erkrankung nicht so ernst wie früher, aber die Zahl der Erkrankungen gibt zu denken. Erzieherweise sind die Todesfälle gering, sie sind aber kein Maßstab. Der Ansturm auf die Krankenhäuser sei in vielen Fällen nicht zu bewältigen, die Bettensituation ist nicht abzustreiten, sie ist aber in Berlin ein ständiger Zustand, der nur durch ein

großzügiges Krankenhausbauprogramm

beseitigt werden kann. Die Zahl der vorhandenen Betten in den Krankenhäusern muß in einem bestimmten Verhältnis zur Bevölkerungszahl stehen, dieses richtige Verhältnis ist aber in Berlin noch nicht erreicht. Im Augenblick ist zu erwägen, wie Unterkunft für die Kranken zu beschaffen ist. Genosse Strieder behauptete, daß durch Engstellen der Betten in den einzelnen Krankenhäusern und durch Hinzunahme von Refektoräumen die Bettenzahl um etwa 10 Proz. zu steigern sei. Der Redner forderte die Einsetzung einer Kommission, die im Einvernehmen mit den Stadtärzten die Krankenhäuser daraufhin zu prüfen hätte. Die Einrichtung von Schulen als Krankenanstalten hielt der Redner nicht für angebracht; zu fordern sei, daß planmäßig in ruhigen Zeiten bestimmte städtische Gebäude für die behelfsmäßige Aufnahme von Kranken vorbereitet werden. (Bravo bei den Sozial.)

In der weiteren Aussprache sprachen von den Demokraten Frau Wunderlich, Stadtverordnete Döring (Unat.), Völkner für die Wirtschaftspartei und Dr. Falkenberg (D. Sp.), der meinte, anfangs hätte das Hauptgesundheitsamt mit einer gewissen Sorglosigkeit den Grippeerkrankungen gegenüberstanden. Die erneuten Angriffe der Kommunisten Hoffmann-Gwinnler auf die Hauptgesundheitsverwaltung veranlassen den Stadtmedizinalrat nochmals mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß einem plötzlich eintretenden Ereignis die Stadtverwaltung gut gerüstet gegenüberstand.

Angeichts der vorgeschrittenen Zeit, stellte die Verlesung die Verabschiedung des Wohnungsbauprogramms 1929 bis 1932 zurück und nahm zunächst die

Rede des Kämmerers

zur Eindringung des Stats entgegen.

Der Kämmerer Dr. Lange führte aus: Der Haushalt hat sich gegenüber dem des Vorjahres nicht sehr wesentlich verändert, und konnte das auch nicht angesichts der Notwendigkeit, eine Mehrbelastung der Berliner Wirtschaft und Bevölkerung durch neue oder erhöhte Steuern zu vermeiden. Auch in diesem Jahre mußten deshalb die Ausgaben auf das Nötigste eingeschränkt werden, da die Lage der Wirtschaft keine Mehreinnahmen erwarten läßt und die Hoffnungen auf eine Besserung des Finanzausgleichs im letzten Jahre wieder enttäuscht worden sind. Der Gesamthaushalt schließt in

Einnahme und Ausgabe mit 1,12 Milliarden

gegenüber 1,17 Milliarden im Vorjahr ab. Davon entfallen auf den ordentlichen Haushalt 921 Millionen (Vorjahr 831 Millionen), auf den außerordentlichen Haushalt (Anleihehaushalt) 154 Millionen (Vorjahr 278 Millionen). Die Steigerung der tatsächlichen laufenden Ausgaben ohne Erstattungen gegenüber dem Vorjahr beträgt 41 Millionen oder 6 Proz. Das ist wenig angesichts der Entwicklung der Stadt, die im abgelaufenen Jahre wieder um 90 000 Einwohner durch Zugang gewachsen ist. Dieses Anwachsen bedingt eine Mehrbelastung auf allen Gebieten, z. B. durch Routen

von Schulen, Fürsorgestellen, durch Erweiterung der Verwaltungsstellen, der Krankenanstalten usw. Diese Entwicklung, die auch von einem Zugang von wirtschaftlichen Betrieben von auswärtig begleitet ist, hat die Einstellung dieser Kreise draußen im Lande gegen die Reichshauptstadt noch verstärkt. Berlin bekommt das in der Belegung sehr spürbar zu spüren, vor allem beim Finanzausgleich. Allein bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer (sowie durch die jährliche unerträgliche Regelung der Verteilung mit der sogenannten relativen Garantie nicht weniger als 32 Millionen des Berliner Aufkommens an andere Gemeinden. Ebenso unumgänglich ist die Verteilung der Kraftfahrzugsteuer. Das Berliner Aufkommen ist in drei Jahren von etwa 12 auf 22 bis 24 Millionen gemachsen, der Anteil der Stadt nur von 2,1 auf etwa 2,3 Millionen. Durch die Entscheidung des preussischen Volkswohlfahrtministers wurden jährlich 50 Millionen Hauszinssteuer für Bauzwecke, die Berlin aufgebracht hat, in anderen Gemeinden verbart.

Mit den entzogenen 50 Millionen Mark Hauszinssteuer könnte die Stadt zu den sonst nur möglichen 24 000 Wohnungen jährlich 10 000 Wohnungen mehr finanzieren.

Statt dessen ist sie gezwungen, durch Zuschußprogramme sich fest und für die nächsten 20 bis 30 Jahre mit schweren Verpflichtungen aller Art zu belasten. Die Durchführung von Zuschußprogrammen ist eine reine Finanzfrage, die durch die Schwierigkeit der Mittelbeschaffung außerordentlich erschwert ist, zumal da die Stadt für diesen Zweck keine Auslandsanleihen aufnehmen darf.

Im Haushalts für die Tiefbauverwaltung sind diesmal für Straßenbauten 30 Millionen Mark eingelegt, also 14 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Daneben betragen die Mittel für die Straßenunterhaltung und 12 Millionen Mark und die Mittel für Brückenbauten und 17 Millionen Mark, zusammen also für Straßen und Brücken 49 Millionen Mark. Gleichwohl decken auch diese Kosten nur das Notwendigste.

Der laufende Bedarf der gesamten Bahlfahrt einschließlich des Gesundheitswesens umfaßt 228 Millionen Mark. Das bedeutet im Vergleich zu dem Anteil an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, daß dieser Anteil nicht einmal die Hälfte des Wohlfahrtsbedarfs deckt.

Beim Schulwesen ist dem traurigen Zustand, in dem sich ein Teil der alten Schulen befindet, dadurch Rechnung getragen, daß für Instandsetzungen und Verbesserungen höhere Mittel als im Vorjahre eingelegt worden sind. Dagegen sind die Mittel für Schulneubauten erheblich herabgesetzt worden, und zwar für Volk- und Mittelschulen auf 4,7 Millionen Mark, für höhere und Fachschulen auf 4,5 Millionen Mark. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß von den in den Vorjahren bewilligten Mitteln noch erhebliche Beträge nicht verbaut sind. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens behandelte der Kämmerer das Problem der Bettensituation und kam im Zusammenhang damit auf den Bedarf des Reparationsgenossenschaftens zu sprechen.

Aus den Schwierigkeiten des Anleihegeschäftes im In- und Auslande ergibt sich die Notwendigkeit einer möglichst einschränkenden des außerordentlichen Haushalts. Selbst von den eingesetzten Beträgen wird nur das Unumgängliche verausgabt werden können, um die schwebende Schuld nicht übermäßig anzuwachsen zu lassen. Die gesamten Schulden der Stadt stellen nur die Hälfte des reinen Finanz- und Vermögens ohne Berücksichtigung des Vermögensvermögens dar. Die

Vermögenslage der Stadt ist also durchaus gesund.

während die Finanzlage wegen der Einschränkung der Einnahmen durch den Finanzausgleich usw. in der laufenden Verwaltung größte Beschränkung unterliegt. In dem Zusammenhang erklärt der Kämmerer eine Reihe von mißverständnissen oder irrtümlichen Mitteilungen, die im Laufe der letzten Monate gelegentlich erschienen sind. Er zerlegt insbesondere die gelegentlich aufgestellte Behauptung, daß Berlin auf den Kopf der Bevölkerung den höchsten Schuldenstand habe, und beweist vielmehr, daß dieser Schuldenstand unter dem Durchschnitt aller Städte über 50 000 Einwohner liegt. Er betont, welche Schädigung durch diese Irrtümer und durch Ubertreibungen in der Deffenstheit sowohl im Inlande wie im Auslande entstehen können, und weist darauf hin, daß er immer bereit gewesen ist, mit aller Offenheit und Klarheit über die Finanzwirtschaft Auskunft zu geben, die er voll und ganz verantwortet.

Es wird erwartet, daß der weitere Ausbau der Verkehrsunternehmungen und der Elektrizitätswerke demnächst durch eigene Anteile der Gesellschaften finanziert werden wird. Die großen Betriebe der Stadt haben

An erster Stelle der Tagesordnung stand eine Debatte über die Grippe in Berlin.

Kommunisten und Demokraten hatten Anfragen dazu eingereicht. In der Begründung warf die kommunistische Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinnler dem Hauptgesundheitsamt Unfähigkeit bei der Bekämpfung der Grippe vor, der Stadtmedizinalrat verfolgte die Erkrankungen von einem Winterturort aus. Es sei ein Skandal, daß die Grippe eine so große Ausdehnung angenommen hat, aber bei der Unfähigkeit der städtischen Verwaltung sei das nicht weiter verwunderlich. Nachdem der Stadtverordnete Mertens (Dem.) die Angriffe der Vorrednerin gegen die Stadtverwaltung zurückgewiesen hatte, nahm sofort Oberbürgermeister Böß das Wort, um mit großer Entschiedenheit die Anwürfe der kommunistischen Rednerin gegen die Stadtverwaltung zurückzuweisen. Die Kommunisten wüßten offenbar nicht, welche Maßnahmen das Hauptgesundheitsamt zur Bekämpfung der Grippeerkrankungen bereits ergriffen hatte, ehe sie an die Formulierung ihrer Anträge dachten.

Der Oberbürgermeister protestierte dagegen, daß Frau Hoffmann-Gwinnler die Stadtverwaltung vor der gesamten Deffenstheit als unfähig hingestellt habe.

Dann wies Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski an Hand eines umfangreichen Materials nach, daß das Hauptgesundheitsamt genug Erfahrungen über den Stand der Grippeerkrankungen herausgegeben hätte. Bei der vorhergehenden Witterung seien Erkrankungen nicht zu vermeiden. Durch schreiende Ubertreibungen in den Zeitungen und irreführende Artikel sei der Umfang der Erkrankungen maßlos übertrieben worden, denn

der Gesundheitsstand der Berliner Bevölkerung sei nicht schlechter, als der in anderen Städten.

Der Stadtmedizinalrat begab sich dann der Förderung der kommunistischen Rednerin nach Vergrößerung des Bettenbestandes in den Krankenhäusern mit der Aufstellung der getroffenen Maßnahmen. So seien in Jöhrensdorf, in Spandau, in Hahnsfelde-Buch, im Krankenhaus Moabit und in Charlottenburg eine große Anzahl Betten neu beschafft worden und außerdem sind zehn Rotpavillons bereit, die jeden Augenblick zur Aufnahme von Grippekranken dienen könnten. Insgesamt seien etwa 1000 neue Krankenstellen eingerichtet. Die Hinzunahme von Schulen als Krankenanstalten könne man umgehen zu können, man hätte sie aber als letzte Reserve in Betracht zu ziehen. Die Verstopfung der Krankenhäuser, erklärte der Stadtmedizinalrat, sei dadurch hervorgerufen, daß sehr viele leicht Erkrankte aufgenommen wurden, so daß viele Krankenhäuser melden, sie seien fast nur mit „Reisstranten“ überfüllt. Natürlich lasse auch in vielen Fällen die Wohnungsnot eine Hauspflege der Erkrankten nicht ratsam erscheinen. Den Optimismus der Sachver-

79) Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Speeth Verlag, Berlin.

(Schluß.)

Eine lange Zeit verfolgten wir den Weg, der uns zur Stachobdrücke führen soll. Wortlos gehen wir, der Bergmann mit zusammengebissenen Zähnen, und setzen Schritt vor Schritt mit unseren drei Weinen. Weit vor uns sehen wir den Glaspöppigen, der sich zwei Bauernhütten nähert, die links und rechts an der Straße liegen. Auch etwas wie ein Brunnenarm ist zu erkennen. Wir hoffen auf Wasser und Brot.

Schritt für Schritt und nach langer Zeit nähern wir uns den Hütten. Zwischen ihnen, mitten auf dem Feldwege, steht ein dicker österreichischer Feldgendarm, die Hände auf dem Rücken. Er dient zur Sicherung des Schlachtfeldes, darum — wohl den beiden Schlachtkämpfern, daß sie drüben gefahren sind!

Wir biegen links zum Brunnen, und ich untersuche das Wasser: es ist weiß wie Milch.

Drüben an der Hinterwand der Hütte stehen fünf oder sechs ungarische Husaren in ihren bunten Uniformen. Sie sind sämtlich sehr blaß, als sollten sie wider Willen in einem Zirkus auftreten, oder als hätten sie zuviel von diesem milchigen Wasser genossen. In der Tat! Auf meine Frage, ob man es trinken kann, nicken sie — und nicken eifrig, so daß mir nicht länger mehr zögern. Es schmeckt nach Seife, oder wir stillen unseren Durst, laufen einen halben Eimer leer.

„Neht muß ich essen,“ flüstert der Bergmann und schnaut von der Anstrengung, „stell mich eben ans Statet und geh, Kamerad!“

Ich tue es, trete ins gegenüberliegende Haus, schlaue an eine Tür und öffne sie. Das erste, was ich erblicke, ist das Lämpchen vorn Heiligenbild sowie eine Wiege, die mitten im Zimmer von der Decke hängt und an vier Stricken hin und herschwimmt — bis an das Lämpchen schwingt und zurückkehrt an eine ausgestreckte Hand. Diese Hand hebt sich und gehört einer jungen Frau. Sie sieht

einen gelenden Schrei aus, vereinigt beide Hände vor ihren Augen und weint über irgend etwas. Ein junger Bauer im blauen Hemd, der am Fenster gefressen hat, kommt auf seinen lautlosen Baststühlen zur Tür.

Warum weinst du? bedeute ich ihm — doch er antwortet nicht, geht an einen Schrank und schneidet Brot ab.

Der Frau sind in dessen die Hände vom Gesicht gegliessen, sie steht ein wenig krumm da, wimmert, starrt mit großen entsetzten Augen auf meinen blutdurchtränkten Kermel, meine zerrissene Uniform, auf mein Gesicht — und wimmert leise fort, in dessen die Wiege langsam ausschwingt und das Kindchen zu schreien beginnt.

Schwing doch, Mutter! Schwing doch, Mutter! scheint sein eigenartiges Stimchen zu fordern. Voran die Frau ihre Hand hebt und den Strick ergreift.

Das Kind schweigt — die Hand schwingt. Aber die jungen verwirrten Augen weichen nicht von mir. Der Bauer gibt mir Brot, ein Stück weißes und ein Stück schwarzes und deutet furchtlich durchs Fenster auf den Feldgendarm. Die Mutter aber hält mich mit ihren Augen fest, schwingt die Wiege und wimmert. Langsam gehe ich hinaus.

Wir brechen das Brot, essen im Gehen und überholen dabei den Glaspöppigen, der sich neben den Weg, und mit dem Gesicht abgewandt, niedergesetzt hat und erbricht. Bald danach sind wir an der hölzernen Stachobdrücke.

Eben rückt ein Regiment Infanterie erhebt und laut herüber. Wir sehen es vorbeiziehen, Kompanie auf Kompanie, lauter bellkommene und schwindende Gesichter. Sodann setzen wir uns um Ufer nieder; der Bergmann stiert bekümmert auf sein geknicktes Bein — ich ziehe meine Patronen aus den Taschen, Rahmen nach Rahmen, und werfe sie ins Wasser.

Ich halte gehofft, im Feldlazarett Kameraden aus meiner Korporalchaft anzutreffen, fand aber niemand. Erst spät am Abend kam einer, Julius Vurtjebam. Er war am Morgen zum ersten Zug kommandiert gewesen und dort während der Beschießung verschüttet worden. Die erste Kuffenwelle hatte die Leberleberden, die sich mit ihren verlaudeten Gewehren aus den Grabentrümmern erhoben, sofort umzingelt. Da man kein Entkommen für möglich hielt, warf man die Hände hoch. Bloß Vurtjebam durchließ die Russenlinie wie ein Hirsch bei der Treibjagd. Er vertraute

seiner verzwickten Figur und sprang langbeinig durchs Korn. Wirklich ließ ein Russe, der sein Gewehr auf ihn angeschlagen hatte, dasselbe wieder sinken und brachte statt eines Blattschusses nur ein heißes Gefächter heraus, welches zu sagen schien: Hat em lopen!

Soweit schilderte es Vurtjebam. Die Verschüttung hatte ihm das Gehör zertrümmert, er war taub wie eine Grammophonplatte, was ihn aber nicht zu stören schien. Im Gegenteil — er machte sich ein Spiel daraus, jedes Wort falsch zu verstehen. Einmal fragte er einen finsternen ungarischen Graubart, der uns Deutsche beschuldigte, den Feind durchgelassen zu haben — ob er ein Findelkind sei?

Am folgenden Tage gingen wir bis zu einer Station, wo uns ein Bazarrettung erwartete, und sahen dort Feldweibel Bloobooms rosiges Glähe von einer Bahre hersehen. Vurtjebam jagte zu mir: „Der Alte hat sich wegen der französischen Krankheit operieren lassen und läßt nun alle von der Bierzen zu sich rufen, weil er diverse Weine bei sich hat. Ich hab' einen Trinkbecher — komm mit!“ Ich ließ ihn gehen, stieg in den Zug und froh vor Heimweh ins Gepädneg.

Die ganzen folgenden Stunden rangierte der Zug und kam erst bei Dunkelheit ins Fahren. Bald nach Mitternacht machte ich auf, wir hielten auf einer großen leeren Station, es mußte wohl Kowel sein. Man schlief weiter, wurde aber nach einer Weile durch den Ruf: Aussteigen! wieder geweckt. Wir glaubten, es sei ein Irrtum, stiegen aber nach einigem Zaudern doch aus. Die Nacht war kalt, und der Bahnhof durch zwei Lampen spärlich beleuchtet.

Das Aussteigen nahm eine geraume Zeit in Anspruch, denn die mit Weinschüssen mühten gestüht und gehoben werden. Endlich, als wir nach vielem Bestähe eine leidliche Marschkolonne gebildet hatten, ward losmarschiert, schweigend, verblissen, unter Anstrengung und Schmerzen. Die Kolonne bewegte sich sehr langsam durch den weilkäufigen Bahnhof, stolperte über unbeluchtete Schienen, bog um Ecken, gelangte neben dunkle Schuppen. Nirgends ein Mensch, ein Laut, außer den Verwundeten und ihren mühseligen Schritten.

Mitten in diesem trostlosen Marsch aber erscholl des tauben Vurtjebam sieghafte Stimme, welche fragte: „Ob die Stadt gezeigt werden soll?“

Die Stadt wurde aber nicht gezeigt.

Zwei Tage später passierte unser Zug die deutsche Grenze.

sich im Laufe der letzten Jahre erfreulich weiterentwickelt. Die Einnahmen aus ihnen für den Haushalt haben sich entsprechend den höheren Löhnen gesteigert, jedoch mußte bei der Bemessung der Zuschüsse aus dem Gewinn der Gesellschaften auf die Tatsache Rücksicht genommen werden, daß die Unternehmungen sich in einer starken Entwicklung befinden. Bei den Steuereinnahmen sind große Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten.

Bei der durch den Finanzausgleich und die sonstigen Umstände gegebenen Finanzlage war der

Haushaltsausgleich außerordentlich schwer

und nur dadurch möglich, daß die Ausgaben des gesamten Haushalts wieder auf das Notwendigste beschränkt wurden. Wir werden im nächsten Jahre auch bei der Bewilligung neuer Ausgaben äußerster Zurückhaltung üben müssen und sparen, wo es nur immer geht. Dann werden wir auch über diese schwere Zeit hinwegkommen. (Beifall im Hause.)

Die Aussprache über die Kammerrede findet am Donnerstag und Freitag nächster Woche statt. — In der Debatte über die Beilegung eines Teiles der

Kleingartenkolonie am Südrande des Tempelhofer Feldes

zur notwendig gewordenen Erweiterung des Flugplatzes brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Zusatzantrag ein, in dem verlangt wird, daß der Magistrat passendes Ersatzland beschafft und für eine Entschädigung der Kleingärtner sorgt. Genosse Robinson gab zu, daß die Stadt auf Grund der Verträge die Möglichkeit hat, den Kleingärtnern monatlich zu kündigen. Als unbillig empfanden wir aber, daß die Vorklage nichts über eine Entschädigung der gekündigten Kleingärtner vorsieht. Deshalb habe unsere Fraktion den vorerwähnten Antrag eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Nach weiteren Reden eines Vertreters der Kommunisten und der Deutschnationalen stimmte die Versammlung der Vorlage und dem sozialdemokratischen Zusatzantrag zu. — Beschlossen wurde dann ferner noch der Ankauf des Gutes Damsdorf zur Durchführung von gärtnerischen Siedlungen.

Es bleibt weiter kalt!

Gestern nachmittag trat in Berlin ein ziemlich erhebliches Ansteigen der Temperaturen in Erscheinung. Waren noch in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag minus 11 Grad in der Innenstadt und minus 13 bzw. minus 14 Grad in den Außenbezirken zu verzeichnen, so stiegen die Temperaturen mittags auf minus 7 und um 14 Uhr sogar auf minus 5½ Grad. In den Abendstunden machte sich wieder ein Rückgang der Temperatur bemerkbar; um 21 Uhr wurden bereits wieder minus 6 Grad gemessen. Nachts zeigte das Thermometer wieder minus 10 Grad an. Ähnlich wie sich der Temperaturwechsel heute vollziehen; mit einem Nachlassen der Kälteperiode ist aber keineswegs zu rechnen, vielleicht eher noch mit einer Verschärfung.

Die starken Schneesfälle in der Provinz und auch im Ausland haben zu weiteren empfindlichen Störungen im Eisenbahnverkehr geführt. Eine Retardverspätung hatte der D-Zug 18 auf der Strecke Oslo—Stockholm—Sohnitz—Berlin zu verzeichnen. Der Zug traf mit 242 Minuten Verspätung auf dem Stettiner Bahnhof ein. Die Ursache dieser Verzögerung lag nach einer Meldung aus Sohnitz darin, daß die Fährer mit dem Schneewagen in Elbe stecken geblieben war und erst durch Eisbrecher wieder freigebracht werden konnte. Ebenso liefen mehrere D-Züge auf dem Anhalter, Schlesienschen und Potsdamer Bahnhof mit erheblichen Verspätungen ein.

Beim Rodeln am Grunewaldsee ereigneten sich gestern kurz nach einander zwei schwere Unfälle. Die 15jährige Schülerin Inge Wante aus der Manteuffelstraße 66 erlitt einen Beinbruch und die 17jährige Corby Gadinger aus der Ringstraße in Steglitz einen Oberschenkelbruch. Beide Mädchen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Wieder Doppelselbstmord.

Die Tragödie eines Ruinierten.

Das Gerücht von einem Mord und Selbstmord war gestern im Zentrum der Stadt verbreitet. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben jedoch bald, daß ein doppelter Selbstmord vorliegt.

In dem Hause Alexanderstraße 35 betrieb der 60 Jahre alte Kaufmann Jakob Pahlmann eine kleine Wäschfabrik. Seine Frau lebt in München, die Wirtschaft führte die 35 Jahre alte Witwe Johanna Meier. Pahlmann befand sich augenscheinlich in geschäftlichen Schwierigkeiten. Vor einigen Tagen machte er eine Reise nach München, von der er erst jetzt zurückkehrte. Donnerstags gegen Mittag wurden Mitbewohner auf Pahlmanns Behausung aufmerksam, von der aus sich ein Gaseruch durch das Haus verbreitete. Polizei und Feuerwehr, die sie benachrichtigten, fanden den Kaufmann und seine Wirtschaftlerin tot auf. Pahlmann, der sich erschossen hatte, lag auf dem Bett. Johanna Meier kniete vor dem Bett und lag mit dem Gesicht auf der Leiche. Sie hat ohne Zweifel die Gashähne geöffnet, nachdem sie gesehen hatte, daß P. sich den tödlichen Schuß beigebracht hatte. Pahlmann, bei dem gerade ein Geschäftsfreund Einlass begehrt hatte, hinterließ Abschiedsbriefe. Aus ihnen geht hervor, daß er seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte und keinen Ausweg mehr sah. Er behauptet, daß er von einem Konkurrenten betrogen und ruiniert worden sei. Die beiden Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schanzhaus gebracht.

Verkehrsstörung bei der Untergrundbahn.

Infolge Automatenchadens im Umformerwerk Senefelderplatz trat gestern bald nach 17 Uhr auf der Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt—Nordring eine Betriebsstörung ein. Der ganze Verkehr wurde lahmgelegt, während die vom Westen kommenden Züge am Bahnhof Spittelmarkt umkehren mußten. Nach Behebung des Schadens im Umformerwerk konnte nach mehr als halbstündiger Unterbrechung der Verkehr kurz nach 8 Uhr abends wieder in vollem Umfange bis Nordring aufgenommen werden. Im Verlauf der Unterbrechung kam es auf dem Untergrundbahnhof Spittelmarkt zu unliebsamen Szenen, da eine Anzahl von Fahrgästen, die das Aushängeschild mit der Ankündigung der Betriebsstörung auf der Nordstraße nicht beachtet hatten, gegen die Entwertung ihrer Fahrkarten an der Sperre lebhaft protestierten.

Der Wochenendzug ins Riesengebirge fällt aus.

Der für den kommenden Sonnabend-Sonntag, den 19. und 20. Januar vorgesehene billige Wochenend-Sonderzug nach dem Riesengebirge muß — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — wegen nicht ausreichender Besetzung ausfallen. Die bereits gelösten Fahrkarten werden bei den Ausgabestellen, wo sie gelöst wurden, gegen Erstattung des Fahrpreises zurückgenommen.

Weil er Sozialdemokrat ist . . .

. . . eignet sich ein Lehrer nicht zum Auslandsdienst.

Wiederholt haben wir über das Verbot der Gründung einer republikanischen Schülervereinigung an der Körner-Oberrealschule in der Steglitzer Straße geschrieben. Wir haben auch berichtet, daß es der Oberschulrat Dr. Schepp vom Provinzialschulkollegium war, der im Einvernehmen mit dem Leiter der Anstalt, Oberstudienrat Dr. Greif, dieses Verbot aussprach, ohne dem Provinzialschulkollegium von der ganzen Angelegenheit auch nur eine Mitteilung zu machen.

Oberschulrat Dr. Schepp ist ein ganz unbeschriebenes Blatt. Wie wir unsern in Mühlhausen in Thüringen erscheinenden Parteiblatt entnehmen, fand Anfang dieses Monats vor dem dortigen Großen Schöffengericht ein Beleidigungsprozeß statt, in dessen Mittelpunkt Herr Schepp stand. Der verantwortliche Redakteur des in Langenhalza herausgegebenen Lehrgewerkschaftsorgans „Der Volkstelehrer“, Dr. Helmut v. Broden aus Braunschweig, war angeklagt, den Oberschulrat Dr. Schepp vom Provinzialschulkollegium Berlin beleidigt zu haben. Hier die Vorgeschichte: Der bei der Neustädter weltlichen Rüst-Schule angestellte Lehrer Fritz Weigelt hatte sich um einen Lehrerposten in Chile beworben. Das Auswärtige Amt richtete eine Anfrage an das Provinzialschulkollegium über die Eignung Weigelts. Schepp antwortete verneinend. Weigelt erhielt daraufhin den Auslandsposten nicht. „Der Volkstelehrer“ griff nun Schepp scharf an und deutete darauf hin, daß für seine Stellungnahme politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen wären, weil Weigelt Sozialdemokrat sei. Dr. v. Broden nahm für sich in Anspruch, nach § 193 StGB. in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt zu

haben. Die Angelegenheit sei für die gesamte Lehrgewerkschaft von Bedeutung. Ueber das Berliner Provinzialschulkollegium seien ihm schon viele Klagen aus linksgerichteten Lehrerkreisen gegangen. Weigelt sei dem Provinzialschulkollegium als Sozialdemokrat und Lehrgewerkschafter bekannt, und es läge nicht fern, bei der Stellungnahme des Oberschulrats gegen Weigelt ein vielleicht unbewusstes Eingehen auf diesen Umstand zu vermuten, um so mehr, als die Prüfungszeugnisse Weigelts auf Sehr gut lauteten. — Oberschulrat Dr. Schepp, ein früherer freisinniger Abgeordneter, der jetzt zur Deutschen Volkspartei gehört, gab zu, daß er der Sozialdemokratie nicht günstig gegenüberstehe und gegen sie Artikel geschrieben habe. Aber bei seiner Bewertung der Eignung Weigelts für den Auslandsdienst habe er keine politischen Gesichtspunkte berücksichtigt, sondern nur das Urteil, das er auf Grund von Revisionen der Weigelt'schen Klasse gehabt habe. Demgegenüber sagte der Schulrat der Rüst-Schule aus, daß bei der Wertung der Gesamtpersonlichkeit Weigelts und seiner Leistungen dieser sehr wohl auch für den Auslandsdienst in Frage kommen könne. Der Angeklagte Dr. v. Broden wurde freigesprochen.

Interessant ist, daß in dem Prozeß weiterhin zur Erwähnung kam, daß Oberschulrat Schepp von der Redaktion einer rechtgerichteten Zeitung das Angebot erhielt, sie im Kampf gegen die weltlichen Schulen zu unterstützen. Hoffentlich wird das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Berücksichtigung nehmen, sich um die Eignung des Oberschulrats Schepp zu seinem so höchst verantwortlichen Dienst im Sinne der Vertiefung des republikanischen Staatsgedankens genau zu kümmern.

Nationalsozialistische Feme.

Sie „verhaftet“ auf der Straße.

Nach einer bei der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin erlassenen Anzeige sind skandalöse an mittelalterliche Eigenart erinnernde Zustände bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufgedeckt worden.

Die Gausleitung hatte einen Sonderdienst zur Bearbeitung von Verleumdungen eingerichtet, die innerhalb der Partei durch Parteigliedern begangen wurden, und sie hatte für diesen Dienst u. a. einen ehemaligen Kriminalbeamten namens Loeffner aufgenommen, der wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung aus dem Dienst entlassen worden war. Loeffner hat nun gemeinsam mit dem Kassierer der NSDAP am 9. d. M. einen wegen geringfügiger Unterschlagungen von der Partei verfolgten jungen 18jährigen Menschen kurzerhand in der Rosenthaler Straße festgenommen. Einem Freunde des Festgenommenen hatten sie den Eindruck vermittelt, daß sie Kriminalbeamte seien. Mit einem Auto, dessen Fahrer sich ebenfalls als Kriminalist aufspielte, wurde der Festgenommene zum Gausbureau der NSDAP in der Berliner Straße 77 transportiert und dort bis zum nächsten Morgen unter Bewachung festgehalten. Am den jungen Mann einzuschüchtern, lud der mit der Bewachung Beauftragte, ein Nationalsozialist, vor seinen Augen eine Mehrfachepistole. Später hielten sich in dem Zimmer abwechselnd Angehörige der NSDAP auf, um zu verhindern, daß der junge Mann die Räume verließ. Am nächsten Morgen nahm Loeffner zwei Protokolle mit dem „Beschuldigten“ in der bei der Polizei üblichen Form auf und übergab sie seinem Gauführer, dem

Abgeordneten Dr. Goebels. Dieser machte dem jungen Mann in Gegenwart seines Privatsekretärs und Geschäftsführers Wüste Vorhaltungen. Der junge Mann mußte sich schriftlich verpflichten, über das mit ihm Geschehene nicht zu sprechen und durfte erst dann das Gausbureau verlassen. Als die Polizei von diesem Sachverhalt Kenntnis hatte, nahm sie in dem Wohnraum, der dem mit der Ueberwachung betraut gewesenen Nationalsozialisten von der NSDAP zur Verfügung gestellt worden ist, eine Durchsuchung vor, bei der zwei geladene Mehrfachepistolen vorgefunden und beschlagnahmt und ebenso die Durchschläge der mit dem jungen Mann aufgenommenen Protokolle — die Originale befinden sich angeblich im Besitze des Abgeordneten Dr. Goebels — festgestellt wurden. Gegen sämtliche beteiligten Personen ist ein Verfahren wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung sowie wegen Beihilfe zu diesen strafbaren Handlungen eingeleitet worden. Auch sind alle Beteiligten mit Ausnahme des durch seine Immunität geschützten Abgeordneten vorläufig festgenommen worden. Es ist zu hoffen, daß gegen die saubere Clique von Femeschleifern, die sich auf so unvertägliche betrügerische Weise Amtshandlungen anmaßt, mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Im Interesse der Aufklärung der Sache wird der Kraftwagenführer, der drei Personen von der Rosenthaler Straße nach dem Bülhensplatz in Charlottenburg gefahren hat, und dem persönlich der Vorfall verdächtig vorkam, gebeten, sich unverzüglich bei der Abteilung I A des Polizeipräsidiums Berlin, Zimmer 342, zu melden.

Benzinsee in der Sybelstraße.

Gefährliche Straßenüberschwemmung durch Benzin.

In der Sybelstraße in Charlottenburg stürzte gestern nachmittag ein Benzintankwagen um, so daß sich mehrere tausend Liter Benzin auf die Straße ergossen und den Fahrdamm im weitem Umfange überschwemmten.

Der Führer des Tankwagens mußte einer plötzlich von rechts auftauchenden Autobrosche ausweichen. Das schwere Gefährt kam auf dem glatten Fahrdamm aber ins Schlingern und prallte gegen die Bordwand des Bürgersteiges und kippte um. Dabei wurden mehrere Ventile an den Zuleitungsverschlüssen abgerissen und das Benzin ergoß sich in einem starken Strahl auf den Damm. Da die in der Nähe der Unfallstelle gelegenen Gullys völlig verstopft waren, stauten sich die ausströmenden Benzinnengen und bildeten einen fast 50 Meter langen und mehrere Meter breiten See. Die Feuerwehr rückte auf den Alarm „Benzinüberschwemmung — Besonderes“ mit zwei Löschzügen an. Der Straßenabschnitt wurde sofort für den gesamten Fußgänger- und Straßenverkehr gesperrt. Nach einiger Zeit wurde eine Fuhre Sand mit einem Lastauto herangeführt und der „Benzinsee“ zugeschüttet. Die Absperrung dauerte fast zwei Stunden. Der umgestürzte Tankwagen wurde durch Binden wieder aufgerichtet und abgehleppt.

Erregung in Duisburg.

Neuer Bruch der Ferngasleitung.

In der Nacht zum Donnerstag wurde abermals eine schadhafte Stelle in der Ferngasleitung der Ruhrgas A.-G. entdeckt, die sich in der Straße am Kaltweg, etwa fünfzig Meter von bewohnten Siedlungen entfernt, befindet. Trotz dieser Entfernung sind die Anwohner aufgefordert worden, die Häuser zu verlassen. In der Stadt Duisburg hat sich eine begeisterte Erregung der Bevölkerung bemächtigt, und es kursieren Gerüchte, daß die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, einzugreifen bzw. die Ferngasleitung, soweit sie im Stadtgebiet Duisburg liegt, zu beschlagnahmen. Die schadhafte Stelle befindet sich wieder an einer Schweißnaht.

Einfacher Jagd über Dächer.

Eine Eindrehenjagd über die Dächer beschäftigte gestern nachmittag Schuppolizei und Kriminalpolizei des 192. Polizeireviers in Steglitz. Auf dem Hause Körnerstraße 38 hatten gegen 8½ Uhr Leute Eindrehen bemerkt, die Polizei benachrichtigt, die

auch in kurzer Zeit anrückte und auf dem Hause zwei Leute hinter dem Schornstein beobachtete. Auf das Anrufen der Polizeibeamten reagierte der Eindrehen nicht, sondern ergriffen mit zwei Säcken, in denen sich gestohlene Gut befand, die Flucht über weitere Dächer. Die Beamten schossen auf die fliehenden Eindrehen, die zum Schluß auf dem Hause Ferkelstraße 17 in Steglitz in eine offensichtliche Dachkante sprangen. Das gestohlene Gut, zwei Säcke mit Zinkblech, zurückließen und, wie die Schweißspuren ergaben, durch das Haus über die Treppe ins Freie flüchteten. Der Vorfall hatte eine große Menschenmenge angezogen, die die Verbrecherjagd auf den Dächern verfolgte.

Zuchthaus für einen Schabernack.

Gericht und Staatsanwalt bedauern, nicht anders urteilen zu dürfen.

Das Schöffengericht III in Kiel hat gestern den zwanzigjährigen Goldschmiedelehrling Wilhelm M. aus Kiel wegen „vorsätzlicher Körperverletzung“ zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Dem bisher völlig unbestraften Angeklagten, der nicht den Eindruck macht, als wäre er im Besitz großer Geisteskräfte, wird vorgeworfen, am 12. September 1928 in die Frühstücksmilch des Goldschmiedelehrlingen Stender goldhaltiges Zinkpulver gegossen zu haben. Zinkpulver enthält Blausäure und ist darum stark giftig. Der Gefelle hat nach dem ersten Schluck die Vergiftung der Milch bemerkt. Außer Uebelkeit und starken Kopfschmerzen hat er weitere Folgen nicht gespürt. Der angeklagte Lehrling bestreitet jede Schuld. Er hat sich aber durch ausführliche Reden nach der Tat verdächtig gemacht. In der Beweisaufnahme wurde lediglich festgestellt, daß er sich für eine Minute allein in der Werkstatt befunden hat. Andere Personen sind nie allein in der Werkstatt gewesen und kamen darum nach Ansicht des Gerichtes für die Tat nicht in Frage. Ebenfalls war aus den ganzen Umständen anzunehmen, daß der Gefelle etwa selbst in selbstmörderischer Absicht das Gift in die Milch getan habe. — Ein Notio dafür, daß der Lehrling M. der Täter sein könnte, konnte nicht festgestellt werden.

Das Schöffengericht hat auf Grund der wenigen Indizien das obige Urteil gesprochen. Es hat ausdrücklich festgestellt, daß es sich sicher nur um einen Schabernack und einen Dummen- und Ungelehrten handelte. Dem Angeklagten ist aus seiner vierjährigen Wehrzeit die Gefährlichkeit des Giftes bekannt gewesen, wie er selbst zugibt. — Die Beurteilung erfolgte auf Grund des § 229 des Strafgesetzbuches. Der teure seine mildernden Umstände und steht für die vorsätzliche Verbringung von Gift nur Zuchthausstrafen vor. Das Gericht bedauerte nicht anders urteilen zu können und verwies den jungen Menschen auf den Gnadenweg.

Anton Schnack: Gris Schicksal

Am Donnerstagabend habe ich sie das letzte Mal gesprochen; es war spät am Abend, als ich sie anrief. Ihre Stimme klang müde und etwas traurig (Alle Stimmen am Telefon klingen etwas traurig, da sie das Gewicht der Raumferne haben, ohne das Körperliche sind.)

Sie sagte nicht viel, das Liebliche, wie es ginge, daß sie an mich gedacht hätte (ach, ich bin so unwürdig ihres Gedankens), daß sie jetzt nach Hause ginge, jetzt um 10 Uhr hätte sie noch einen wichtigen Brief zu erledigen, dann verlasse sie das Bureau. Ihre Mutter sei verreist. Komme erst nächste Woche wieder.

Dann lud ich sie ein für den Abend zu einem Vortrag. Sie sagte, daß sie wahrscheinlich kommen würde. Aber wenn sie zehn Minuten vor acht nicht da wäre, käme sie nicht.

Ich sagte noch einmal, komme bestimmt.
Der Abend kam; ich wartete im Freien, obwohl es anfangs kalt zu regnen. Es war zehn Minuten vor 8 Uhr, es wurden fünf Minuten, dann drei, zwei, dann schlug es 8 Uhr; ich sah noch die letzten Nachzügler; drei Minuten nach 8 Uhr ging ich zur Garderobe.

Sie war nicht gekommen. Der Regen, dachte ich, der Heimweg ohne mich, die späte Heimkehr vom Bureau nach Hause; alles wird sie unzufrieden gemacht haben... Es war übrigens eine böse, schneidende Nacht. Es regnete unablässig, ununterbrochen.

Der Freitag kam. Um 11 Uhr morgens dachte ich zum ersten Mal wieder an sie. Es war ein momentanes und fast gleichgültiges Denken.

Ich sah mir klar über sie zu sein. Sie war mir keine interessante Frau, nicht einmal eine besonders temperamentvolle Frau. Sie hatte die typisch kleinbürgerlichen Anschauungen als Gelehr über alle Befehle ihres Blutes und Herzens gestellt. Aber sie verteidigte sie, die sie als lächerlich erkannte, mit einem so festen Willen und so besonderen Gründen, die mir Respekt vor ihr einflößten.

Um 12 Uhr mittags klingelte das Telefon. Es war für mich. Ich dachte, sie wäre es, und ich war erfreut. Aber es war nur mein Freund Harry.

Ich glaube, ich war ein wenig traurig, sicherlich aber war ich enttäuscht. Es war merkwürdig; eigentlich hatte ich kein allzu tiefes Interesse für diese Zwanzigjährige, und doch interessierte es mich, ob sie anrief oder nicht. Das wußte ich, daß ich sie nicht anrufen würde. Das stand fest. Ich konnte warten und ich wollte warten. Einerseits sehnte ich mich nach ihr, andererseits wünschte ich, sie möge nicht so bald anrufen und mir die Spannung, in der ich lebte, verlieren.

Der Vormittag verging; um 2 Uhr sah ich im Café und wartete bis halb drei. Zwischen zwei und halb drei rief sie oft hier an. Sie wußte es, denn sie kannte einige Gewohnheiten meines täglichen Lebens. Es klingelte nicht...

Abends, dachte ich, aber es geschah nichts. Es geschah nicht einmal, daß ich traurig oder verwirrt wurde, ich lächelte sogar, es machte mir Spaß. Ich dachte: hat sie Sinn für das Besondere, so wüßte sie Hören mit dem Anruf, Spannung schaffen und Bewegtheit der Nerven.

Aber als ich abends das Kino besuchte, war ich ein wenig traurig wieder, denn ich hatte sie zu diesen Besuchen immer dabei; es war so gut neben ihr zu sitzen, ganz nahe, und sie zu berühren. Ein schwacher und zarter Duft alten Rosenparfüms stieg aus ihrer Handtasche, wenn sie diese öffnete, um ihr Taschentuch zu suchen, und ich durfte mitkramen, in ihrem geheimnisvollen und beziehungsreichen Land.

Der Film war langweilig. Ich ging dann in ein kleines Café. Aber ich trölte um 11 Uhr traurig und müde nach Hause. Ich schlief in dieser Nacht schlecht. Um überhaupt schlafen zu können, muß ich zu enggedruckten philosophischen Büchern greifen. Ich konnte zwei Kapitel des Freud'schen Wertes „Jenseits des Lustgefühls“ bewältigen. Dann schmerzten die Lider.

Es ist Sonntagabend. Ob sie heute anrufen wird? Wenn ich nur seht und konzentriert denken würde, sie sollte anrufen. Sie

würde und müßte es tun. Es ist mir stets gelungen. Aber heute kann ich nicht. Es ist merkwürdig. Ich fühle Fremdes um mich herumstreichen. Es reizt mich ans Telefon, ich möchte den Hörer heben und 18240 anrufen, aber ich will es nicht. Ich merke, es steht Wille gegen Wille. Es ist ein unsichtbares, unförpliches Ringen. Ich rufe nicht an, selbst wenn ich wüßte, daß sie mir alle Süßigkeit ihrer zarten, demütigen Liebe verspräche.

Ich lausere von Stunde zu Stunde.
Ich vertraue mich nicht aus dem Zimmer zu entfernen. Denn es könnte möglich sein, daß sie nach mir ruft, während ich irgendwo im Betriebe stehe.

Plötzlich wurde ich gerufen, von dem Herrn, der am Telefon sitzt. „Herr Janatosch, Sie werden verlangt.“

Sie ist es, jubelt mein Herz, sie ist es nicht, zweifelt mein Herz. Nein, sie war es nicht. Es war ein gleichgültiger Irgendwer. Ich bin befüßt, eine süße, fast töle Schwäche liegt in meinen Gliedern. Ich setze mich nieder und nehme die Zeitung wieder, in der ich las. Ich kann nicht lesen, alles stümmert mir vor den Augen, ich sehe schwarze bedende Punkte aufsteigen und irrsinnig durcheinandertanzen.

Was ist das? Was soll das bedeuten? Sie ruft nicht an. Ich verstehe das nicht. Es ist mir unbegreiflich.

Plötzlich schlägt mein Gefühl um. Eine große Gleichgültigkeit kommt über mich. Ich denke: soll sie es doch bleiben lassen. Ich jedenfalls werde nicht anrufen. Ich werde schweigen, ich werde absolut schweigen.

Ich warte bis in den späten Abend.
Nichts.

Am späten Abend ruft mich eine Freundin an. Ich liebe sie keineswegs. Aus Trostlosigkeit verbreite ich mich mit ihr für das Theater. Was soll ich auch tun? Ich gehe in das Theater und halte es keine zwei Akte aus. Es wird miserabel gesungen. Das Spiel der Darsteller ärgert mich.

Gegen Ende des zweiten Aktes gehen wir. Aber die Nacht ist sehr kalt, vom Fluß kommt ein schnellender Wind in breiten Stößen. Wir gehen tiefer in die Stadt gegen die Gärten zu. Wir sprechen Gleichgültiges. Ich höre ihr kaum zu. Ich habe dumpfe, zerrende Schmerzen über dem Herzen. Ich bin unheimlich bedrückt.

Wir lassen uns auf eine Bank nieder.
Aber plötzlich sage ich: „Gehen wir!“

Der Sonntag kommt. Unter der Post ist kein Brief von ihr.

Ich überlege, ob ich zu ihrer Wohnung gehen soll. Ich tue es nicht. Nach dem Mittagessen gehe ich ins Café, warte auf den Anruf. Aber da ich plötzlich die Empfindung habe, daß sie mich nicht anrufen wird, gehe ich früher fort.

Ich denke den ganzen Nachmittag an sie, ich bleibe zu Hause, veräume absichtlich Einladungen. Sie kommt nicht.

Von Zeit zu Zeit gehe ich ans Fenster, um auf die traurige, unbeliebte Straße hinunterzuschauen. Es ist ein unübersteigliches Wuß, das mich treibt. Es ist die jagende Urunde des Herzens. Ich kann nicht anders. Aber ich erpühe nur gleichgültige Menschen und sehe nur Kinder, die über einem Haufen Sand sitzen.

Ich gehe aus in den Park eines frühen Abends...
Am nächsten Morgen — es ist Montag — klingelt es, als ich das Bureau betrete. Herr Fabian ist am Telefon; ob ich es schon wüßte? Nein, ich weiß nichts. Was soll ich wissen?

Fräulein Grit sei in der Nacht zum Sonnabend gestorben. Zwischen zehn und elf. Mehr wüßte er nicht. Es müßte mich doch interessieren.

Der Herr, der am Telefon daneben saß, sagte mir zehn Tage später, daß ich launlos zu Boden gesunken sei.

Ich bekam einen Brief von ihrer Schwester, die im Auftrag der Mutter geschrieben hatte.

„Daß sie in der Nacht vom Sonnabend immer und immer wieder meinen Namen gerufen hätte. Immer und immer wieder.“

Immer und immer wieder meinen Namen gerufen!

gebracht“ oder „Wo hast du, mein Schätzchen, das Küßen studiert?“ Raum einer der vielen tausend Schläger hat noch eine erotisierende Wirkung, sobald es nicht mehr Mode ist, sich von ihm begeistert zu lassen.

Die lebenskräftigste musikalische Erotik oder erotische Musik steht in den Opern. Wohl darum, weil nur dort auch die edle Erotik lebt, die himmlische Liebe. Ihr schönstes Beispiel ist der Pilgerführer im „Lannhäuser“. Den Gegensatz, die Infamie der irdischen Liebe, zeigt in der gleichen Oper das Bacchanal im Venusberg. Wagner gibt auch das klassische Beispiel der komponierten tragischen Liebe: „Tristan“.

Jodok: Eine Patience

Manchmal, in den Pausen geistiger Erschöpfung, wenn mir schon gar nichts Besseres einfällt, da greife ich nach dem Spiel Karten in einer Ecke meines Schreibtisches und leg mir eine Patience. Es gibt einige Duzend Variationen dieses geistvollen Demas. Man kann unter Benugung einer schlichten Startkarte von 32 Blatt eine Patience legen, und man kann eine doppelte Pokerkarte von 104 Blatt dazu verwenden. Diese Patience ist schon so etwas wie eine Meisterprobe der Geduld, während jene nur deren Lehrlingsaufgabe ist.

Ich begnüge mich jedoch durchaus mit der humaneren Fassung des Spiels und beschränke mich auf eine bestimmte, leichte Art, die meistens aufgeht. Dieses Aufgehen besteht darin, daß das Spiel Karten sich in vier verschiedenfarbige Häuflein verwandelt, in denen die einzelnen Karten in der Reihenfolge ihrer Wertigkeit schlummern. Man könnte diesen schönen Anblick auch auf einfachere Weise herbeiführen als dadurch, daß man von dem verdeckt liegenden Stoh immer drei Karten gleichzeitig umlegt, deren obere, beginnend mit den Assen und endigend mit den Siebenen, jeweils dann aus dem Spiel entfernt und beiseite gelegt werden darf, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Dadurch zum Beispiel, daß man aus dem unsortierten Kartenstoh sich die Karten willkürlich herausucht und sie nach Belieben legt. Niemand verbiete das. Nirgendwo besteht ein Gesetz, das das unterlag. Nirgendwo, außer im eigenen Herzen, das die Gottesgabe einer wohlgeordneten Kartenfolge nicht geschenkt haben, sondern sie sich redlich erwerben will, das den Sieg über die Formlosigkeit nicht mühelos in den Schoß gelegt haben, sondern ihn erkämpfen will. Das heißt, von einem Kampf kann ja eigentlich keine Rede sein. Die eigene Initiative ist ausgeschaltet. Für die Anwendung von Geisteskräften ist kein Raum. Man ist das ausführende Organ eines ehernen Gesetzes, das keine Modifikation seiner Vorschriften zuläßt. Entweder geht die Patience auf oder nicht.

Immerhin ist man doch nicht ganz waffenlos in diesem Kampfe. Wenn man da so mit Herrn Lehmann und Herrn Schulze eine Partie Skat spielt, so hat man Gegner, die ihre Interessen wahrnehmen und keine Korrektur des Glücks dulden. Das Schicksal wiederum hat andere Sorgen, als daß es bei einer Patience seine Belange persönlich wahrnehmen könnte. Es erhebt keinen Anspruch, wenn man es — nun, nicht gleich betrügt, wer wird das machen! — aber wenn man doch eine gewisse Liberalität in der Auslegung der Regeln wahren läßt. Ich neige dazu, diese Liberalität der Auslegung ziemlich weit zu treiben. Die ersteilige Folge davon ist, daß die Patience noch erfinden werden muß, die ich nicht zum Aufgehen bräutet!

Manche andere sind sehr peinlich in der Befolgung der Regeln. Ich halte das nicht für richtig. Wir sind es gewohnt, von der Gerechtigkeit ein Mindestmaß an Nachsicht bei der Befolgung ihrer Spielregeln zu verlangen. Mit welchem Recht können wir das, wenn wir nicht auch gegen uns selber einmal ein Auge zudrücken! Es ist wahr, daß eine Patience, die von allein aufgeht, mehr Freude bereitet als eine, der ich einen Zwang zufüge. Aber es ist so schätzlich immer nur ein milder Zwang, den ich über und noch dazu einer, den ich kaum selber bemerke: so behende geht das bei mir. Er kann nimmermehr mit einem Betrugsmanöver verglichen werden, das ich etwa an mir beginge. Ich habe die Entschuldigungen eingehend geprüft, die ich für meine kleinen Unregelmäßigkeiten bei mir vorbringe. Sie sind — ich kann das ehrenwörtlich versichern! — durchaus stichhaltig. Und übrigens, wären sie es nicht, wie sollte es mir nicht erlaubt sein, das, was andere als Regelnbrüche bezeichnen zu müssen glauben, in den Rang einer Spielvariante zu erheben, die ihre Legalität aus meiner Anerkennung ihrer als solcher herleitet!

Ich kann das Segen einer Patience dringend weiter empfehlen. Entweder geht sie auf oder sie geht nicht auf. Im ersten Falle ist man völlig schuldlos, im zweiten Falle hat man sich das selber zuzuschreiben. Nachtteilige Folgen treten in keinem Falle ein.

Ali Weyl-Wissen: Erotische Musik

Die Gesichter können beim Tanz so ernst und „schlich“ sein, wie man will: es ist nicht wahr, daß die Gesellschaftstänze um ihrer selbst willen getanzt werden oder nur weil man jemand im Arm haben mag. Lasse man die Leute einmal ohne Musik stundenlang im Saal herumgehen! Sie werden einander schnell so langweilig sein und — auch körperlich müde! Die Musik ist es, die uns die starke Lebensfreude schenkt. Sie läßt Beine und Herz nicht ermüden. Lebensfreude, sich steigend bis zur Orgasie, geben uns Religion, Musik und Erotik. Es ist keine Gotteslästerung, die drei in einem Atem zu nennen.

Im orgiastischen Rast der griechischen Kybele, der römischen magna mater, der sehr heiligen Göttin fruchtbarer Erde, finden wir sie vereint. Und wir lesen in Platons „Gastmahl“: „Versöhnung alles Gegenwärtigen schenkt uns die Musik, sie eint das Widersprechende und bringt ihm den Eros; Musik ist das Wissen um Harmonie und Rhythmus aller Dinge, die den Eros betreffen.“ Es gibt den himmlischen und den irdischen Eros, es gibt die edle und die gewöhnliche Musik. Auch die gewöhnliche hat Platon schon gekannt, und er hat sie verurteilt; er hat sogar vorgeschrieben, welche Arten der Musik, ja, welche Tonarten, der Jugend ferngehalten werden müßten. Und einige Jahrtausende später, nämlich um 1900: im „Reigen“-Prozess wurde ein Gutachten abgegeben, daß das besonders schämige der beanstandeten Aufführung von Schmitzlers „Reigen“ die Begleitmusik wäre. Musik als philosophie- und gerichtsnotorische Sittenverderberin. — es ist nicht unwichtig.

Mit verschiedenen Mitteln treibt die Musik die Lebenden einander in die Arme, die Joghasten zum Angriff und in die Widerlage. Boran der Rhythmus. Die Zeit des Vierierteltakt-Tanzes ist vorüber, der Dreierteltakt-Tanz ist wieder da. Vier Viertel sind auf die Dauer zu langweilig, sie unterstützen zwar einen Marsch ausgezeichnet, aber erotische Erregung bringen sie nicht so leicht oder höchstens, wenn sie reich mit Synkopen durchsetzt sind. Unser Puls schlägt eins-zwei oder auch eins-zwei, drei-zwei. Synkopen und vor allem der Balzerrhythmus widersprechen dem, und darin liegt ihre Wirkung, das läßt unser Herz stocken und wieder selbst fortrollen. Das ist alles von medizinischen Größen experimentell nachgewiesen und stimmt sogar beim Taubstummen, der nur den

rhythmischen Anprall der Schallwellen, der bewegten Luft, fühlen kann.

Zum Rhythmus, dem männlichen Element, kommt die große Bahlerin Melodie. Wie sie wirkt, hängt vom Rhythmus ab. Die Melodie des „Bananen“-Schlagers ist — das Nylon hat das entdeckt — aus Handels „Messa“ gestohlen. Dort kann sie auch den sensibelsten Menschen nicht erotisieren, denn das Charakteristische der mittelalterlichen Kirchenmusik bis Bach und Handel ist der Verzicht auf Rhythmus. Viel wichtiger als die Folge der Töne selbst ist ihre Höhe, noch wichtiger deren Färbung. Das werden wir so gleich an den verschiedenen Instrumenten. Erotisch wenig wirksam sind: Klavier, Fagott, Horn, Bass, Pflon. Für nächtliche Ständchen unter dem Fenster der Geliebten kann man dagegen empfehlen: Klarinette, Geige, Cello und Saxophon (das Saxophon ist übrigens schon 100 Jahre alt). Vortrefflich kann auch die menschliche Stimme sein, auch bei Richtängern, wenn sie nur die richtige Farbe treffen. Brusttöne wirken auch hier überzeugend.

Der Kunstgesang führt uns schon auf das Gebiet der Perverstität — wenn man den Lebenswissenschaftlern glauben will. Worauf gründen sich die Erfolge unserer großen Tendere? Natürlich spricht bei einem Phänomen wie Caruso die Seitenheit mit, aber es ist gewiß: ein ebenso seltener Fall hat nicht den gleichen Erfolg! Frauen wollen Tendere hören, und Männer — bevorzugen den Akt bei der Sängerin. Warum? Die meisten Männer sprechen tief, die meisten Frauen hoch, das Unalltägliche, die Abwechslung wird gesucht und sie wirkt besonders. Aber wenn wir da von Perverstität sprechen wollen, dann brauchen wir uns unseres Posters nicht zu schämen, es ist unschuldig.

Und wir wissen nun wenigstens, warum die Bombentrollen den Tendere zufallen. Aber daß ein begabter Tenor den neuen Schlager singt, macht den Schloget noch nicht immer zum großen Erfolg. Die Herren Schlagerkomponisten dürften sich manchmal ein wenig mehr auch um Melodie und Rhythmus kümmern. Oft liegt die Hauptaufgabe bei den Textverfassern, und deren Geistesfinden sind oft schon zu gestochlos, um ohne hocherotische Musik noch den gewünschten Effekt der Erregung zu erreichen. Oder wen regt es auf, wenn einer „dichtet“: „Liebling, du hast mich in Stimmung

Ein neues Kolumbus-Dokument

Ein Mitarbeiter am Spanisch-Kubonischen Geschichtsinstitut in Madrid, Fernandez Diaz, hat dort in den Archiven ein Dokument entdeckt, das für die noch so viele Dunkelheiten bietende Lebensgeschichte von Kolumbus bedeutsam ist. Es ist die notarielle Beglaubigung der Ueberführung der Leiche von Christoph Kolumbus in das Kartäuser Kloster von Sevilla. Die Kartäuser erhielten die Leiche zur Aufbewahrung bis zu ihrer Ueberführung nach der Insel San Domingo, wo der große Entdecker nach dem in seinem Testament ausgesprochenen Wunsch begraben wurde. Das Urkundenstück ist vom 11. April 1500 datiert und vom Sohne des Kolumbus Diego, und dem Prior der Kartäuser unterzeichnet. Der Wert dieses Dokuments liegt nicht nur in der Bestätigung der Annahme, daß die Leiche des Admirals zunächst von Valladolid nach Sevilla zur vorläufigen Bestattung gebracht wurde, sondern in der dadurch erhoffenen Hoffnung, daß weitere Forschungen das Testament des Kolumbus zutage fördern können, das seit langem gesucht wird und durch das seine so viel umstrittene Nationalität endgültig nachgewiesen werde würde.

Kulturfortschritt in China. Eine Verfügung der Regierung in Peking hebt die „Strafe der Schlaflosigkeit“ auf, die bisher in erster Linie bei Gattenmord angewandt wurde. Der zu dieser Strafe Verdamnte mußte von seinen Wärtern durch alle möglichen Mittel solange am Schlafen verhindert werden, bis er unter fürchterlichen Qualen starb. Nie soll ein Verurteilter diese Folter mehr als 14 Tage lang ausgehalten haben.

2000 Eskimos am Verhungern. Etwa 2000 Eskimos, die in dem Teil von Labrador wohnen, der bei Quebec verblieben ist, sind nach Berichten aus Ottawa dem Hungertode nahe, und zwar infolge der geringen Ergebnisse der Fischerei und des Ausbleibens der Rennschärden, von deren Fleisch sie hauptsächlich leben. Die Regierung von Quebec hat eine Rettungsexpedition ausgesendet, die versuchen soll, sie zu erreichen, und an den Stellen, an denen sie auf ihren Wanderungen Halt machen, Nahrung, Kleidung und Arzneimittel deponieren soll.

Die größte Fleisch- und Wurstfabrik

Eigentum der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Das Fleisch- und Wurstwaren, ebenso auch mit Fleisch- und Wurstwarenprodukten ist es eine merkwürdige Sache. Als Waren und als Industrien werden sie von den Menschen gefühlsmäßig niedriger eingeschätzt als etwa Eisen, Stahl, Kohle, Maschinen und dergleichen verbundene Industrien. Sogar spielt dabei ein Stück alte militärische Erziehung mit, die vor den Kriegsindustrien den Menschen einen besonderen Respekt beigebracht hat und ein Stück überhöhter Hochachtung von Waren, die wir, statt sie zu essen, zur Führung des deutschen Namens ins Ausland schicken. Fleisch- und Wurstwarenfabriken sind heute

noch keine populäre Angelegenheit

in einem Volk, in dem die Wasserversorgung und die Wasserversorgung die Vorne des Tages sind. Der Vordenker an der Erde, der Regierender neben der Wohnung sind besonders für Bessergestellte noch mit einem gewissen Glanz handwerklicher Kunst umgeben, und es ist kein Wunder, daß erst die breiten Massen der Arbeiterschaft, denen der Regen härter trübt und deren Hausfrauen, die den Dienstag häufiger umdrehen müssen, allmählich ihre Sympathie für gute, und mit Sicherheit einwandfrei arbeitende Fleisch- und Wurstwarenfabriken entdeckt haben.

Doch es sich dabei in der Tat um Vorurteile handelt, das zeigt der Besuch einer großen Fabrik, den wir kürzlich in Oldenburg machten. Es handelte sich um die Fleischwarenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Oldenburg (früher Bötsch & Co.), die nach ihrem Erwerb und ihrem Ausbau durch die GEG. im Jahre 1927 heute die größte Europas ist und die, 1923/24 von Verkaufskapitalisten erbaut, später vom ehemaligen Großherzog von Oldenburg voll erworben, aber trotz aller Bemühungen nicht rentabel gemacht werden konnte. Diese Fabrik zeigt nicht nur, wie überflüssig alle phantastischen Vorurteile sind, sondern auch, daß die Rentabilität großer Fleischwaren- und Wurstfabriken Konsumvereine leichter als dem Privatkapital, das bekanntlich in Deutschland nur sehr wenig Großfabriken rentabel zu machen verstanden hat.

Sicher wird jeden Besucher ein leichter atomistischer Schrecken heftigen, wenn er bei den täglich 800 Schweinen, die augenblicklich geschlachtet werden, deren Hinrichtung für den menschlichen Magen bestimmt, dem Abdrücken der Schweine in ganzen Serien, dem mechanischen Enthaaren mit den riesigen amerikanischen Maschinen und dem Ausschneiden und Teilen der noch lebend warmen Leiber. Aber in 10 Minuten hängen die Tiere bereits in Häften, auf Dedengleisen dorthin befördert, in den Kühlräumen und es ist merkwürdig, daß je weiter der Prozeß der Verarbeitung schreitet, um so schneller die Wirkungen des ersten Schreckens voll verfliegen, so daß man schon nach zwei Stunden ohne jeden Widerwillen bereit ist, jede Kostprobe, selbst frisches Fleisch, zu begrüssen. Die Lebens- und Nahrungsinstinkte der Menschen, mögen sie Raubtierinstinkte genannt werden, überdecken doch sehr stark alle ethischen und moralischen Empfindungen.

Selbstverständlich, daß in diesem Betrieb der Tierarzt vor und nach der Schlachtung die „Waren“ untersucht, daß ein halbes Duzend Menschen in Laboratorien „Triechnen schaut“, daß alles, soweit es nur möglich ist, bei der Verarbeitung maschinell und mit elektrischem Antrieb erfolgt, daß aufgehängte Transportketten vom Schlachtkörper bis in die letzte Räucherkammer und bis in den Versandraum führen, daß die Arbeitstellung außerordentlich weit geht, wofür das Beispiel charakteristisch ist, daß für die Herstellung von Konsumschinken die Auslösung des Schinkenrückens von drei Mann, also gewissermaßen am laufenden Band

erfolgt. Selbstverständlich auch der eigene Bahnanschluß für An- und Abtransport und zahlreiche eigene Kühlwaggons zum Versand

der Waren. Nicht allgemein, wohl aber bei einer Konsumgenossenschaft selbstverständlich ist die bedingungslose Zahlung der höchsten Zinssätze, die Einstellung der gesamten Arbeitsleistung und ihre regelmäßige Reinigung im Betrieb gegen den geringfügigen Abzug von 1 M. pro Woche, das mit gelindem Zwang durchgeführte sonst obligatorische tägliche Bad der Belegschaft und große gut eingerichtete Frühstücksräume, bei denen der Bedarf für das Frühstücksbrot grundsätzlich vom Betriebe — auch aus Kontrollgründen — gratis geliefert wird.

Den Betrieb so leistungsfähig zu machen, wie er heute schon ist, war nach den schlechten Erfahrungen der Vorbesitzer keineswegs leicht. Es mußte stark aus- und umgebaut werden, und zu den 3 1/2 Millionen, die der Erwerb kostete, kam manches neue Hunderttausend hinzu. Es waren und sind auch noch heute sehr ernste Abzugsprobleme zu lösen, denn bei der Größe der Fabrik, der Höhe des investierten Kapitals ist eine dauernde Beschäftigung und die Vollausnutzung der Anlagen eine Notwendigkeit für die Rentabilität, die bei Konsumbetrieben nicht weniger erforderlich ist als bei privatkapitalistischen Betrieben. Die Oldenburger Fabrik liefert selbstverständlich nur an die eigenen Konsumvereine, den Geschmack in den verschiedenen Gegenden Deutschlands charakterisieren die heute noch notwendigen

über hundert Wurstsorten — Verzicht der Typisierung haben gar nichts genützt

die Fruchtbelastung ist außerordentlich groß (durchschnittlich 18 M. für 100 Hektar) und belastet sehr die Konkurrenzfähigkeit, und schließlich kommen noch höchst überflüssige innerstaatliche und selbst städtische Veterinärhindernde hinzu. Von den meisten dieser Hindernissen ist die Diskontinuität der Privatvergifter auch bei der Befreiung von Konsumvereinen frei, denen mit Recht kein Abnahmepflicht auferlegt wird, um die Konkurrenzfähigkeit der GEG.-Fabriken sicherzustellen. So muß auch die große GEG.-Fabrik durch überlegene Qualität und Billigkeit, genau wie bei der Konkurrenz auf dem freien Markt ihren Abzug sich mühevoll erkämpfen.

Über man muß heute feststellen, daß der GEG. der große Sprung zur Bewirtschaftung der größten Fleischwaren- und Wurstfabrik Europas gelungen ist. 440 Arbeiter und Arbeiterinnen mit 23 Angestellten stehen in diesem Betriebe mit einer Wochenleistung von 1800 Schweinen und 120 Rindern jährlich 13 Millionen Markt um, ein Umsatz, der zur vollen Ausnutzung der Anlagen noch eine Steigerung um etwa 50 Proz. erlaubt. Die erzeugten Waren werden 18- bis 20mal im Jahre umgeschlagen, nur 30 Proz. des Schlachtmaterials gehen in frischem Zustande weiter, 70 Proz. werden zu Fertigwaren umgearbeitet. Schon heute ist die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nach sorgfältigsten lautmännlichen Grundrissen voll auf gesichert, obwohl der Betrieb noch nicht voll ausgenutzt ist.

Für die Bewegung der Konsumgenossenschaften, für die organisierte Bedarfsdeckung der arbeitenden Massen ist der in Oldenburg gemachte und gelungene Großversuch natürlich eine starke Ermutigung. Die Befriedigung über den gelungenen Versuch darf um so lebendiger sein, als es sich hier um ein Gebiet handelt, das wie wenige Gebiete als wirtschaftliches Glied mit Vorsicht beschritten werden muß. Stärkung der konsumgenossenschaftlichen Organisation, weitere Förderung des gelungenen Versuches werden natürlich die Konsequenzen sein, die die Arbeiterschaft daraus ziehen wird. Nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der direkten Zusammenarbeit zwischen den schwachen züchtenden Bauern mit den Verbrauchern, die eine der wichtigsten Reserven zur Förderung der deutschen Landwirtschaft darstellt.

des Volkes sich von der Professor Siegmundwerke A.G. aus gefördert wurden. Der schnelle Aufstieg dieses sanitären Industriezweiges hängt auf das engste mit der ständigen Verbesserung der hygienischen Einrichtungen in Krankenhäusern, Schulen, Gasthöfen und in dem Wohnungsbau zusammen, so daß bei weiterer Fortschritt der öffentlichen und privaten Hygiene auf diesem Gebiet noch große Entwicklungsmöglichkeiten liegen.

Ein neues Siemens-Werk.

Die Maria-Zählerwerke A.G. in München.

Aus der Generalversammlung der Maria-Zählerwerke A.G. München erfährt man, daß der Siemens-Konzern für seine Siemens- u. Holste-A.G. am 1. Oktober n. J. die Maria-Werke schließlich voll erworben hat, und daß die Produktion des Münchener Werkes auf den Siemens-Konzern übergeführt werden soll. Die Arbeiter und Angestellten des Münchener Werkes sollen vom Siemens-Konzern übernommen werden. Die Münchener Gesellschaft selbst soll in eine Holding-Gesellschaft zur Verwaltung und Verwaltung von Patenten und sonstigen Schutzrechten des Elektrizitätszählerbaues umgebaut werden.

Die Maria-Werke selbst haben finanziell schlecht abggeschlossen. Der Verlust von 35 000 M. von 1926/27 hat sich 1927/28 auf 308 000 M. erhöht, was mehr als 20 Proz. des Aktienkapitals von 1,76 Millionen darstellt. Die Gesellschaft ist auch mit 2,62 Millionen Stückaktien gegenüber 1,70 Millionen Fortberuhen und 1,45 Millionen Barenbeständen ziemlich hoch in der Kreide. Da Siemens der Käufer ist, wird man allerdings vermuten dürfen, daß der Verlust durch größere vorherige Abschreibungen größer erscheint, als er sich nach dem laufenden Geschäft ergeben hätte.

Hilfe für das Siegerland.

Eine Erklärung des preussischen Finanzministers.

Der preussische Finanzminister Dr. Hoepler-Nikhoff hat in Siegen in einer öffentlichen Versammlung dem Siegerland neue Hilfe versprochen. Die Notlage des dortigen Erzbergbaus habe zu erneuten Verhandlungen der Reichsregierung und der Staatsregierung geführt. Die Aufrechterhaltung des Erzbergbaus sei für das Siegerland und seine Gemeinden eine unbedingte Notwendigkeit, daher würden Reichsregierung und Staatsregierung sich einer Hilfe nicht entziehen können, wenn ohne diese Hilfe der Erzbergbau zum Erliegen kommen würde. Gewisse Zuschüsse pro Tonne Förderung, außerdem eine Ermäßigung der Frachten und eine Ermäßigung der Strompreise seien die ins Auge zu fassenden Formen. Der preussische Finanzminister hofft, daß die Verhandlungen zu günstigen Ergebnissen führen werden.

Wie man Kartelle festigt.

Die letzte Gesellschafterversammlung des Ostfälischen Braunkohlensyndikates hat einen für die Kartellpolitik interessanten Beschluß gefaßt. Danach wird den Mitgliedsvereinen verboten, vor Auflösung des Syndikates für die Zeit nach der Auflösung Lieferungsabstufungen oder Lieferungsangebote zu machen, um solche entgegenzunehmen. Sechs Mark Strafe für jede angebotene oder abgegebene Tonne Braunkohle, und zwei Mark Strafe für die entsprechende Tonne Braunkohle sollen die Einhaltung der Bestimmungen sichern. Bei Syndikaten ist über Beitritt während der Dauer des Kartellvertrages ausgeschlossen. Jegliche Nachbesserung während der Vertragsdauer auch der mögliche Wettbewerb für eine auf eintragslose Syndikalstufe Zeit unanwendbar gemacht. Da die Maßnahme rational ist, dieses Urteil müssen wir zunächst dem für die Kontrolle der ostfälischen Braunkohlensyndikatsverantwortlichen Reichswirtschaftsminister überlassen.

Das Stahljahr 1928.

Wie bei der kürzlich veröffentlichten Kohlenproduktion der deutschen Hochöfen erscheint auch das Rinderegebnis der deutschen Rohstahlproduktion 1928 auf den ersten Blick recht erhebtlich. So wurden nach „Stahl und Eisen“ im letzten Jahr 14,5 gegen 16,3 Millionen Tonnen Rohstahl im Vorjahr gewonnen, während die arbeitstägliche Leistung sich auf 47 442 gegen 53 363 Tonnen beläuft.

Nieht man aber auch hier die Stilllegung an der Ruhr in Betracht, die für fast 80 Proz. der deutschen Stahlwerke einen Ausfall von 28 Arbeitslagern brachte, so ergibt sich daraus ein Verlust von etwa 1,96 Millionen Tonnen, der nur auf die Ausperrung und teilweise auf Konjunkturfälle zurückzuführen ist. Demzufolge hätte bei normalem Produktionsverlauf die Rohstahlproduktion 13,5 Millionen Tonnen ergeben, so daß der durch die Konjunkturminderung bedingte Rückgang sich auf noch nicht fünf Prozent beläuft. Auch diese Tatsache beweist, daß die Abschwächung der Weltkonjunktur bis zur Ausperrung noch gering war.

15 Millionen mecklenburgische Staatsanleihe. Das unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, bestehende Konsortium legt 15 Millionen Prozentige Staatsanleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin in der Zeit vom 18. bis 26. Januar zur öffentlichen Zeichnung auf. Der Zeichnungskurs ist auf 94,15 Proz. bis 94,40 Proz. festgelegt worden. Die Anleihe erscheint besonders interessant durch die Ausleihungsbanken, die den Zeichnern geboten werden. Die Zeichnungsbedingungen und die Ausleihungsverpflichtungen werden in dieser Nummer unter den Inseraten mitgeteilt.

Großbankexpansion. Die Commerz- und Privatbank Berlin wird die Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A.G., die seit 75 Jahren besteht, bei einem Aktienkapital von 5 Millionen 10 Millionen unterhält, früher mit der gemeinsamen Kreditanstalt in Leipzig verbunden und später von der Braunschweigischen Staatsbank durch ein großes Aktienkapital befreit, sich angliedern. Einige Millionen der beiden Banken werden dabei aufgelassen werden. Die Braunschweigische Staatsbank bleibt in vollem Umfang unabhängig.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältung, Krampfadern! Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut autorisierter Bestätigung anerkannter über 500 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis 3 Mk. 1,40. 0,66 Gln. 12,6 Lth. 74,3 Act. acet. sal. ad 100 Amyl.

Die gute Qualität der Ernte.

Wieviel Erntevorräte sind noch in der Hand der Bauern?

Die preussische „Statistische Korrespondenz“ gibt jetzt die Qualitätschätzungen der deutschen Ernte bekannt. Die Qualität der Getreideernte ist am günstigsten ausgefallen und übertrifft weit die von 1927. Winterweizen, Winterroggen, Sommergerste und Hafer sind in den endgültigen Ernteschätzungen zu über 60 Proz. der Erträge mit „gut“ oder „sehr gut“ bezeichnet, und zu noch nicht 10 Proz. mit „gering“ oder „sehr gering“. Demgegenüber mußte die Ernte von 1927 zu fast ein Drittel von geringer oder sehr geringer Güte bezeichnet werden. Von den in Preußen geernteten Spätkartoffeln sind über 50 Proz. mindestens guter Qualität und nur etwas mehr als 10 Proz. von geringer oder sehr geringer Beschaffenheit. Beachtlich ist allerdings, daß in den Hauptanbaugebieten des Ostens, Schlesien-Hohfeldens und Schlesiens die Getreidequalitäten etwas schlechter ausgefallen sind und mit „gut“ bzw. „sehr gut“ statt dem Durchschnitt von 60 bis unter 50 Proz. bezeichnet werden.

Gleichzeitig wird eine Erhebung des deutschen Landwirtschaftsverbandes bekannt, die zeigt, wieviel von der letzten Ernte Mitte Dezember noch in der Hand der Erzeuger war. Bei Winterweizen waren es 43,1 Proz. gegen 45,8 Proz. im Vorjahr, Sommerweizen 63,9 gegen 67,3 Proz., Roggen 20,6 gegen 24,3 Proz., Sommergerste 30,6 gegen 28,3 Proz., Hafer 21,8 gegen 18,9 Proz. und Kartoffeln 21,2 gegen 19,7 Proz. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im ganzen ergeben sich also noch die gleichen Vorräte in der Hand der Erzeuger wie im vorigen Jahr, obwohl im vorigen Jahr wegen der schlechten Qualität die Ernte schlechter verkäuflich war. Der Verkaufsdruck kann also im allgemeinen nicht sehr groß sein, und vor allem ergibt sich — entgegen den vom Landbund verbreiteten Behauptungen —, daß die niedrigeren Preise dieses Jahres angesichts gleich hoher Vorräte gegen das vorige Jahr sich keineswegs schon so stark auswirken können.

Wirtschaftsaufbau / Hypothekenschuldung.

14 Milliarden Zuwachs in Preußen seit 1924.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht jetzt eine Aufstellung über die Hypothekenschuldung in Preußen von der Marktstabilisierung an bis zum März 1928. In welchem Maße nun Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Inflation neue Hypothekenschuldung benötigt, zeigt der Hypothekenzuwachs von 14 Milliarden allein in Preußen während sich der Zuwachs im ganzen Reich schätzungsweise wohl auf 23 Milliarden beläuft.

Das Ansteigen des Hypothekenzuwachses, d. h. der Ueberhöhung der Eintragungen über die Löschungen spiegelt die Wiederaufbauanstrengungen der Wirtschaft in den einzelnen Jahren

deutlich wider. So legte die Hypothekenschuldung 1924 mit einem Zuwachs an reinen Hypotheken in Höhe von 2,4 Milliarden ein, stieg im folgenden Jahr auf 3,3 Milliarden, um 1926 mit einem Ueberhöhung über Eintragungen über die Löschungen von 3,93 Milliarden ihren Höhepunkt zu erreichen. Der Rückgang auf 3,81 Milliarden im Jahre 1927 deutet darauf hin, daß die Hypothekenschuldung sich wieder in normale Gleise zurückfindet.

Im Vergleich zum Jahre 1913 betrug der Hypothekenzuwachs 1924 das Zweieinhalbfache und in den letzten beiden erfolgten Jahren mehr als das Vierfache des Ueberflusses in der Vorkriegszeit. Hieraus wird ersichtlich, in welchem Tempo sich die Verschuldung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes in diesen Jahren vollzog. Im Rahmen der Gesamtentwicklung hat Berlin ständig an Bedeutung gewonnen. Während 1913 noch die Ueberflüsse an Hypothekeneintragungen in Berlin etwa 5 Proz. der Gesamtsumme in Preußen ausmachten, stieg sein Anteil bis 1927 auf rund 33 Prozent. Von den überaus agrarischen Provinzen ist nur bei Schleswig-Holstein eine bemerkenswerte Erhöhung des Hypothekenzuwachses von 8 auf 16 Proz. der Gesamtsumme festzustellen.

Diese Statistik, die hier nur auszugswweise wiedergegeben werden kann, füßt die Städte, die bisher in der Erfüllung der gesamten Hypothekenschuldung bestanden, aus, indem hier auch die Privathypotheken, also der unorganisierte Hypothekenzuwachs, der nicht von Hypothekensbanken, Sparbanken oder Versicherungsgesellschaften, erfüllt werden. So gibt die Aufstellung eine ziemlich geschlossene Uebersicht über den Wiederaufbau des preussischen Kreditwesens.

Blüte in der Hygiene-Industrie.

Ein neuer Betriebszweig der keramischen Fabrikation.

Die sanitäre Spülwarenindustrie, der jüngste Produktionszweig der keramischen Industrie, hat in kurzer Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen. So ist in Bunsau ein neues Werk in Betrieb genommen und in Magdeburg die bisherige Steingutfabrik von Carlens auf diese Fabrikation umgestellt worden. Das amerikanische Großunternehmen, die Standard Sanitary Company, hat in Reuß a. Rh. eine deutsche Tochtergesellschaft gegründet, die zunächst den Betrieb mit einer Belegschaft von 200 Mann aufnehmen soll, um später die Fabrikation mit verdoppelter Belegschaft auszubauen. Bezeichnend ist, daß die Amerikaner als Hauptgrund für ihren Zug nach Deutschland die billige Arbeitskraft bei uns angeben, während das deutsche Unternehmen den Lohnanteil an den Selbstkosten als untragbar bezeichnet.

Das größte deutsche Unternehmen in der sanitären Spülwarenindustrie ist zurzeit die Keramag in Bonn, die ihre Belegschaft auf rund 1000 Mann im letzten Jahr erhöhen konnte. Diese Gesellschaft konnte im letzten Jahr 13 Proz. Dividende zahlen, die

Der Pressekampf der angeklagten Richter

Sie nennen es „Pressesturm“ gegen die Justiz.

Der Disziplinarrat ging zu dem nächstfolgenden Schritt über: er trägt die alleinstehende Uebersicht „Pressesturm“. Aus dem Bericht des Senatspräsidenten Krey erfuhr man, wie Landgerichtsdirektor Hoffmann den „Pressesturm“ verstand.

Er teilte ihn in drei Abschnitte: Beim ersten weist man eigentlich von einem „Sturm“ recht wenig. Der Angeklagte selbst sagt, daß die Presse sich bis zum 13. Juli rein sachlich verhalten habe. Kaum sei aber Regierungsdirektor Weiß nach Magdeburg gefahren, da schwenkte die ganze Antipresse um, und der Sturm gegen die Justiz war im Fu entfacht. Dies der zweite Abschnitt. Der dritte nimmt mit der Konferenz am 11. Juli seinen Anfang. Die Antipresse hätte sich zur Aufgabe gemacht, das Eingreifen der Verwaltung in die Magdeburger Justiz zu erleichtern. Dieser Abschnitt: nach der Konferenz am 21. Juli Kötling sollte aus der Untersuchung ausgeschlossen werden. Die Beamten, die er wünschte, sollte er nicht erhalten. Aufgabe der Presse war es, den Rechtsbrüchen zum Siege zu verhelfen. Nach dem 30. Juli legte das Finale ein. Die Beamten der Kriminalpolizei heigten zielbewußt mit Hilfe der Presse gegen den Landgerichtsrat Kölling.

Demgegenüber stellte der Berichtsteller sachlich und kühl fest, daß die Beweisaufnahme nichts ergeben hätte, was die Vermutung rechtfertigen würde. Polizei und Verwaltung hätten sich der Presse gegen Kölling und ungenügend haars' baltend. Alle Zeugen mit Ausnahme Busdorfs haben unter ihrem Eide betundet, daß sie der Presse keinerlei Informationen gegeben haben; der Kriminalkommissar Busdorf will nur in einem Falle in einem Kreise, in dem auch Pressenotiziar vertreten waren, über die Untersuchung gesprochen haben, und zwar in einer das Verfahren nicht schädigenden Weise.

Oberpräsident Hörning hat u. a. nachdrücklich erklärt, daß er als ehemaliger politischer Redakteur die Macht der Presse genau kenne, und gerade deshalb das Eingreifen der Presse in dieses Verfahren als äußerst unerwünscht erachtet habe. In diesem Sinne habe er auch seine Beamten instruiert. Ihm sei auch keine Tatsache bekanntgeworden, die den Schluß zulassen würde, daß die Beamten gegen seine Instruktion gehandelt hätten.

Rechtsanwalt Brown verweist auf die Pressesuggestion, die gegen Rudolf Haas einwirkte. Selbst ein demokratisches Berliner Blatt schlug anfangs in die gleiche Kerbe. Er war überzeugt, daß die Information von Teubert komme. Obgleich diese Stimmungsmache gegen Haas andauerte, wählte er das mit Kölling verobradete Stillhaltegeheimnis. Teuberts Verhalten zwang ihn aber, es zu brechen. Erst am 22. Juli sah er sich gezwungen, auch gegen Kölling aktiv vorzugehen. Haas' Schwager Krebs gab zu, im Interesse der Familie Haas Nachrichten in die Zeitungen lanciert zu haben.

Es folgte die Verlesung der Aussage des Regierungsdirektors Weiß und in chronologischer Reihenfolge auch verschiedene Artikel Urks- und rechtsflehender Richter. Der Angeklagte Hoffmann hatte natürlich zu einer ganzen Reihe von Einzelheiten Erklärungen abzugeben, die sich wie immer ins Endlose ausweiteten.

Aufführung gegen die Staatsgewalt.

Der Begriff der Drohung im neuen Strafrecht.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beriet am Dienstag und Mittwoch die Bestimmungen über die Aufführung gegen die Staatsgewalt.

Hr. Bolzfeld (Soz.) erklärte im Einmütigen Bestimmungen, die die Gefahr eines zu weit gehenden Schutzes der Bürokratie in sich bergen. Er forderte, daß die Uebereizung dessen berücksichtigt werden müsse, der sich widersetzt, weil er im festen Glauben handle, daß ihm Unrecht geschehe.

Gegen diese Forderung wandten sich alle bürgerlichen Parteien. Die allgemeinen Bestimmungen über den Widerstand sollen im Untersuchungsstadium durchberaten werden. Die besonderen Bestimmungen der Paragrafen 150 bis 152 wurden nach der Regierungsvorlage angenommen.

§ 153 droht eine Gefängnisstrafe demjenigen an, der einen Vollzugsbeamten oder einen Gefangenenaufsichtler zu verletzen sucht, Vorschriften über Anordnungen in Dienstlokalen nicht zu befolgen. Ein Antrag auf Streichung dieses Paragraphen wurde, nachdem Genosse Marum für die Streichung eingetreten war, angenommen.

§ 154 enthält die Strafbestimmungen über die Weigerung von Gefangenen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erleichterung der Voraussetzungen für die Anwendung dieses Paragraphen wurde, nachdem Genosse Marum ihn begründet hatte, angenommen.

§ 155 bedroht mit Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten Gefangene, die mit vereinten Kräften ausbrechen. Es wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die Bestimmung des Absatz 3 zu streichen, nach welcher eine Justizhausstrafe bis zu fünf Jahren gegen die Rädelsführer angebroht werden sollte.

Schutz der Strafgefangenen.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Ausschuß mit einem kommunikativen Antrag, der Bestrafung der Beamten anbietet, die das Leben oder die Gesundheit der Gefangenen vernachlässigen und gefährden.

Justizminister Koch wendete sich gegen diesen Antrag, da es ausreiche, gegen die Gefängnisbeamten die allgemeinen Strafbestimmungen anzuwenden und ohnedies schon alles geliche zur Humanisierung der Strafvollstreckung.

Genosse Dr. Bolzfeld erklärte zwar an, daß im Strafvollzug sich viel gebessert habe und daß es moderne Strafanstalten gäbe, wie die in Untermaßfeld, die durchaus vorbildlich sei. Trotzdem sollte auch bei der Formulierung der Bestimmungen des Strafgesetzes versucht werden, durch Strafanordnung die Gefangenen, die doch wehrlos seien, vor Qualereien zu schützen. Der kommunikativen Antrag sei aber in seinen Formulierungen nicht zur Annahme geeignet. Die sozialdemokratische Fraktion werde bis zur zweiten Beratung geeignete Vorschläge machen. Der kommunikativen Antrag wurde alsbald abgelehnt.

Bei den §§ 151 ff. welche die Betreibung und das Entweichen von Gefangenen behandeln, verlangte ein vom Genossen Rosenfeld begründeter sozialdemokratischer Antrag, daß den Gefangenen und den in Sicherungsverwahrung Unterbrechnen nicht diejenigen gleichgestellt werden, die sich in einem Arbeitshaus befinden. Man müsse doch dabei bleiben, daß die in Arbeitshäusern Verurteilten ganz anders zu behandeln seien als Gefangene.

Ministerialdirektor Schäfer erklärte, daß auch die preussischen Provinzen der Auffassung des sozialdemokratischen Antrages seien und darauf wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Zu § 156, der die Befreiung von behördlich Verwahrten betrifft, begründete Genosse Dr. Rosenfeld einen sozialdemokratischen Antrag, wonach Befreiung nur auf Verlangen der Behörde einzutreten solle, die für die betr. Anstalt verantwortlich sei. Nach längerer Beratung wurde unter Ablehnung eines deutschnationalen Vorschlages der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Die Richter von Magdeburg.



„Wir waren dem Rörder dicht auf den Boden.“

(Kölling vor dem Großen Disziplinartel.)

Spekulation mit den Kleinrentnern

Bürgerliche Agitationsanträge im Ausschuß.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages vom Donnerstag lagen wiederum von den bürgerlichen Parteien zahlreiche neue Anträge zur Kleinrentnerfürsorge vor, in denen sie sich gegenseitig zu überbieten suchten.

Ministerialdirektor Dr. Grieser erklärte zu den Anträgen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß sie eine unmögliche Mischung von Kriegsentschädigung, Auswertung, Versorgungs- und Fürsorgerecht darstellten.

Die Regierung lehnt es nach wie vor ab, den früheren Kapitalbesitz zum ausschlaggebenden Faktor zu machen. Ganz unentgeltlich aber sind diese Anträge, weil sie nur die großen Kapitale berücksichtigen.

Hr. Kell (Soz.) stellt fest, daß die Deutschnationalen seit gestern die Begriffsbestimmungen des Kleinrentners nach dem sozialdemokratischen Vorschlag inoffiziell ermitteln haben. Sie haben aber daran fest, daß der Kapitalbesitz von 10.000 Mark aufwärts als Voraussetzung für die Bezugnahme auf diese Bestimmungen in den Landesparlamenten werden dabei laut ausgesprochen und sehr ausführlich sein.

Hr. v. B. (DDB.) verteidigt sich dagegen, daß ihr Antrag platonisch sei. Aufhänger (Soz.) erwidert, daß nach den Anträgen der Rechtsparteien

schließlich die Kosten unter den Kleinrentnern ohne jeden Rücksicht bleiben.

Er wendet sich auch entschieden dagegen, daß die Kleinrentner und die Sozialrentner nach zweierlei Maß behandelt werden. Die sozialdemokratische Fraktion schlägt vor, zwei klare grundsätzliche Entscheidungen herbeizuführen, und zwar: 1. Soll für die Bestimmung des Personenkreises der Bezugsberechtigten (abgesehen der früheren Kapitalbesitz maßgebend sein)? 2. Soll zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenkreises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Wahrung der beteiligten Organisationen eine reichsgerichtliche Ergänzung der Fürsorgepflichtverordnung und der Reichsgrundzüge erfolgen? Die Bestimmungen werden auf Freitag vertagt.

Vor Schluß der Sitzung hält der Deutschnational Göl den Antrag, die Freitagssitzung anlässlich der Reichsgrundzüge ausfallen zu lassen. Der Ausschuß wird jedoch morgen tagen.

Diktatur gegen Minderheiten.

Südslawien löst deutsche Verbände auf.

Belgrad, 17. Januar.

In einer Eingabe, die der Führer der deutschen Minderheiten, Dr. Kraft, an den Minister des Innern eingereicht hat, macht er darauf aufmerksam, daß die untergeordneten Organe in der Welowodina nicht nur Ortsverbände der Partei der Deutschen auflösen, obwohl deren Auflösung von der Regierung nicht befohlen ist, sondern auch Ortsgruppen des deutschen Kulturbundes, der absolut unpolitischen Charakter trägt. Sogar gegen deutsche landwirtschaftliche Genossenschaften wird vorgegangen und von ihnen verlangt, daß sie ein Gesuch um die Genehmigung ihres Bestandes einreichen. Dr. Kraft bittet den Minister, diesen Mißständen abzuhelfen.

Ausnahmegesetze.

Belgrad, 17. Januar.

Der Reichstag bringt die Verordnung über die Organisation des Staatsgerichtshofes zum Schutze des Staates und Abänderungen zum Volksschulgesetz, durch die Lehrer jederzeit aus dem Dienst entlassen und pensioniert werden können und ihre disziplinare Verantwortlichkeit erhöht wird.

Litauischer Terror.

Mordunterbreitung der Sozialisten.

Kowno, 17. Januar.

In der Konferenz der Sozialdemokraten wurde mitgeteilt, daß gegenwärtig etwa 300 sozialdemokratische Führer in Gefängnissen schmachten. Der Parteiführer erklärte, daß die sozialdemokratische Partei keine Kompromisse mit der Regierung eingehen werde. Als die Versammlungsglieder zum Schluß der Tagung die Internationale aufstimmten wollten, wurden sie von den Polizeibeamten daran verhindert.

Auch in der Versammlung der Volkssozialisten wurde erklärt, daß die Partei weiterhin in Opposition zur Regierung verharren werde.

Auch Belgien rüffel.

Sozialistischer Protest im Senat.

Brüssel, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der Senat hielt bei der Behandlung des Kriegsbudgets der Sozialisten Leconte, Abgeordneter des Senats und früherer belgischer Delegierter im Völkerbund, eine scharfe Rede gegen die Rüstungspolitik der belgischen Regierung. Er erklärte, daß die Militärausgaben Belgiens sich seit 1914 verdoppelt haben. Im letzten Jahre seien allein 88 Millionen Franken für neue Zusatzaufgaben ausgegeben worden.

Auch Paraguay für Haag-Entscheidung.

Benachteiligende Annahme des Schiedsgerichtshofes.

Genf, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Paraguay hat dem Völkerbundsekretär auf dessen Telegramm geantwortet, daß es niemals ein Schiedsgericht über die Grenz im Linao abgelehnt habe und es den Vorschlag Bolivias, diese Frage dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten, zur Kenntnis nehme. Da Paraguay somit die Grenzfrage durch den Haager Gerichtshof nicht ablehnt, während man in Genf mit einer bevorstehenden offiziellen Annahme der Internationalen Gerichtshofes durch die streitenden Parteien.

Republik Sandino?

Rebellenführer verlangt Abtretung einer Provinz.

San José, 16. Januar.

Nach Berichten, die hier aus Tegucigalpa (Honduras) eingetroffen sind, ist der Führer der Aufständischen in Nicaragua, der bekannte General Sandino, von amerikanischer Seite von neuem aufgefordert worden, die Waffen niederzulegen. Er hat darauf verlangt, daß die amerikanischen Truppen aus Nord-Nicaragua zurückgezogen werden. Gleichzeitig hat Sandino in einem Brief an den neugewählten liberalen Präsidenten Bonilla als Vorbedingung zu Friedensverhandlungen verlangt, daß die Provinz Segovia von Nicaragua abgetrennt und ihm überlassen wird. Präsident Bonilla hat daraufhin eine Truppenabteilung beauftragt, Sandino gefangen zu nehmen.

China und Japan.

Verstärkung der Lage in Hankau — Kriegerecht proklamiert.

Peking, 17. Januar.

Hankau wird aus Hankau: Die chinesisch-japanische Spannung, hervorgerufen durch den Tod eines in der letzten Woche von einem japanischen Radfahrer überfahrenen Russen, scheint sich zu verschärfen. Die Chinesen patrouillieren aufs neue in der Nähe der japanischen Konzeptionszone. Die japanischen außerhalb der Konzeptionszone liegenden Böden sind geschlossen. Ihre Eigentümer haben sich in die Konzeptionszone geflüchtet. Der japanische Konsul hat beim chinesischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Protest gegen die schlechte Behandlung eingeleitet, die am vergangenen Montag einem Japaner zuteil wurde.

Nach die Agentur Interpacifique wieder aus Hankau, daß dort japanische chinesische Bankangestellte die japanische Bank eingeschlossen und sie zur Schließung ihres Betriebes gezwungen haben. Chinesische Truppen rufen ein und verhindern den arabischen Zusammenstoß. Das Kriegerecht ist proklamiert. In der japanischen Konzeptionszone von Hankau sind zwei Kinder von Chinesen entführt worden. Der Marineklub wurde vollständig geplündert. Die anti-japanische Bewegung hat auch auf Sing Kiang übergegriffen.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 0,75
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 0,85
- Kalbskeule ganz und gefüllt . . Pfund 0,95
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0,75
- Querrippe Pfd. 0,75 Gulasch Pfd. 0,85
- Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knoch. 1,00
- Schmorfleisch ohne Knochen . . Pfund 1,25
- Schweinebauch u. Rücken, mit Belegen Pfd. 1,05
- Schweinekamm u. Blatt, mit Big., Pfd. 1,10
- Schweineschinken . . . Pfund 1,15
- Gehacktes Pfd. 0,75 Linsen Pfund 0,75
- Hammel-Vorderfleisch . . Pfund 0,98
- Kabier, Speer u. Kamm . . Pfund 1,25
- Ausgelassener Talg . . . Pfund 0,60

- Rinderzungen frische . . Pfund 1,10
- Kalbsschnittel . . . Pfund 2,10

Prima Gefrierfleisch

- Suppenfleisch . . . Pfund 0,68
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0,75
- Schmorfleisch mit Knochen . . Pfund 0,80
- Kuh-Euter Pfd. 0,25 Kerzen Pfd. 0,50

Kolonialwaren

- Olympia-Mehl . . . 5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
- Rauhfleiß-Mehl . . . 5-Pfund-Beutel 1.25
- Viktoriaerbsen 30, 36 Pf. Haferlocken Pfd. 24 Pf.
- Grüne Erbsen Pfd. 30 Pf. Hartgrieß Pfund 25 Pf.
- Gelbe Erbsen vol. 32 Pf. Italienischer Reis 30 Pf.
- Gelbe Erbsen 33 Pf. Java-Reis Pfund 30 Pf.
- Linzen Pfund 28 Pf. 58 Pf. Bosn. Pflaum. 45 Pf.
- Weißer Bohnen 45, 52 Pf. Ringäpfel 90 Pf.
- Italienische Makkaroni . . . 1-Pfund-Paket 65 Pf.

Kaffee

- Misch gemischt, eigene M-Sorte
- Konsum-Misch. Pfd. 2,40 Olympia-Misch. Pfd. 3,40
- Haushalt-Misch. „ 2,60 Globus-Misch. „ 3,80
- Sonder-Misch. „ 3,00 Residenz-Misch. „ 4,20

Obst u. Gemüse

- Edelroläpfel Pfund 20 Pf.
- Rote Stiefel Pfund 28 Pf.
- Kranzfeigen Pfund 28 Pf.
- Smyrnafeigen Pfund 32 Pf.
- Mandarinen Pfund 28 Pf.
- Apfelsinen 45, 65, 95 Pf.
- Zitronen . . . Dutzend 48 Pf.
- Ananas frische, Pfd. 58 Pf.
- Messina-Äpfel: kleine 100 u. 150 Stück 8,50

Kalif. Tafeläpfel

- Pfund 42 Pf. 48 Pf.
- Kiste ca. 15 50
- 48 Pf. oratio, von 15 an
- Weißkohl . . . Pfund 9 Pf.
- Wirsingkohl . . Pfund 9 Pf.
- Rote Rüben Pfund 9 Pf.
- Rohkohl . . . Pfund 10 Pf.
- Möhren gewaschen 2 Pfund 25 Pf.
- Sellerie . . . Pfund 24 Pf.
- Maronen . . . Pfund 24 Pf.
- Rosenkohl Pfund 30 Pf.
- Blumenkohl Kopf von 35 Pf.
- Schwarzwurzeln 38 Pf.

Räucherwaren

- Fettbücklinge 23 u. 32 Pf.
- Sprossenorig-Käse 40 Pf.
- Kieler Bücklinge 48 Pf.
- Seelachs süß, Pfd. 48 Pf.
- Fleckerlinge Pfd. 48 Pf.
- Reibars in Stückchen 52 Pf.
- Dorschrogen Pfd. 50 Pf.
- Spickale 2,65 Band 40 Pf.

Tee

- eigene Mischungen ¼ Pfd.
- Ceylon II . . . 1,25
- Indien . . . 1,55
- China . . . 1,70
- Ceylon . . . 1,85
- Darjeeling . . . 2,00

Wurstwaren

- Hann. Rotwurst Pfd. 95 Pf.
- Dampfwurst Pfund 1,00
- Hann. Süßwurst Pfd. 1,10
- Leberwurst 1,20
- Mettwurst 1,45
- Jagdwurst 1,45
- Schinkenpoltsche 1,55
- Filetwurst Pfund 1,55
- Zervelat u. Salami holsteinische, Pfund 1,75
- Leberwurst fetter, Pfd. 1,80
- Pökelfleisch gelocht 1,80
- Speck rein 1,25 mager 1,45
- Schinkenspeck Pfd. 1,75
- Nußschinken ca. 2 Pfd. schwarz, Pfd. 1,95
- Gefrier-, Rosenthaler Str., Moritzplatz:
- Berl. Mettwurst Pfd. 1,20
- Teewurst . . . Pfund 1,70
- Bierwurst . . . Pfund 1,70

Käse u. Fette

- Comemberl vollfett Schachtel 20, 28 Pf. große Schachtel 6 Portionen 78 Pf.
- Briekäse vollf., Sck. 20 Pf. Ramadou halbf., Sck. 25 Pf.
- Limburger Ang. halbfett, Pfd. 46, 55 Pf. vollfett . . . Pfd. 1,05
- Holländer halbfett . . . Pfd. 75 Pf. vollfett . . . Pfd. 1,05
- Edamer halbfett . . . Pfd. 75 Pf. vollfett . . . Pfd. 1,05
- Steppenkäse halbfett 80 Pf. Steinbuscher halbfett 92 Pf.
- Tilsiter halbfett . . . Pfd. 78 Pf. vollfett . . . Pfd. 1,35
- Schweizer dän., dreifachfett Pfd. 95 Pf. beste, vollfett Pfund von
- Blockkäse, halbfett, ohne Rinde
- Tilsiter Ari Pfund 88 Pf. Schweizer Ari Pfund 98 Pf.
- Talg . . . 1-Pfund-Paket 50 Pf.
- Kokosfett Pfd.-Tafel 62 Pf.
- Margarine Pfd. 52, 58 Pf.
- Beste Qualitätens
- Tafelbutter Pfund 2,04
- Dänische Butter Pfd. 2,28

Konserven

- Haushalt-Gemüse 1 1/2 u. 2 u. 3 Liter 75 Pf.
- Leipziger Allerlei 90 Pf.
- Gemischt. Gemüse mittel klein 1,12
- Jg. Bred- u. Schnittbohnen 60 Sorten 1,78 Pf.
- Haricots verts mittel klein 95 Pf.
- Jg. Erbsen mittel klein 78 Pf.
- sein 1,25 sehr fein 1,50
- Bruderspargel extra 3,00
- Stangensparg. extra 3,20
- Sellerie 96, Spinat 48 Pf.
- lil. Tomatenmark 38 Pf. 48 Pf. 95 Pf. 1,65
- Pflaumen . . . 65 Pf.
- Apfelsinen . . . 70 Pf.
- Kirschen sauer od. süß 1,05
- Ananas 1,05
- Reineclauden . . 1,25
- Kalif. Aprikosen . 1,50
- Brat- u. Bismarck-hering, Rollmops 80 Pf.
- Hering in Gelee 80 Pf.

Konfitüre, 1/2 Liter

- Vierfrucht 0,88 Aprikosen 1,10 Erdbeeren 1,30
- Johannisb. 1,15 Kirschen 1,35 Ananas 1,45

Fische

- Dorsche ausgenommen, ohne Kopf, Pfd. 0,20
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0,20 0,25
- Scheiffische . . . Pfund 0,24
- Goldbars ohne Kopf . . . Pfund 0,25
- Filet vom Kabeljau . . . Pfund 0,42
- Aalquappen frische . . . Pfund 0,48
- Lebende Karpfen . . . Pfund von 1,15 an
- Grüne Heringe feine mittelgroße 5 Pfd. 0,80

Geflügel u. Wild

- Puten gefroren . . . Pfund 0,95
- Gänse gefroren . . . Pfund von 0,82 an
- Suppenhühner . . . Pfund von 0,95 an
- Poulets . . . Pfund 1,10 1,25
- Wolgahühner . . . Pfund von 1,15 an
- Fette Enten gefroren . . Pfund von 1,20 an
- Wildragout . . . Pfund 0,30
- Mirschblätter . . . Pfund 0,85
- Fasanenhähne . . . Stück 2,95 an
- Nasen gestreift u. ausgewaschen, Pfund 0,98 an

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

- Tarragona süß, kräftige Qualität . . . 1 M
- San Antonio liebliches spanischer Rotwein . . 1 M
- San Justo gehaltvoller Rotwein, burgunderähnlich . 1,40
- Málaga Golden lieblich . . . 1,60
- Roter Dessertwein süß, kräftiger Primitivo- und Krenkosenwein 1,60
- 1927 Ebernburger Berg frischer Platzwein . . 1,35
- 1920 Dürkheimer Schenkenböhl mild, lieblich 1,70
- 1921 Schloß Böckelheimer sehr blumig . . 1,90
- Weinbrand-Verschnitt . . . 1/2 Pl. 1/4 Pl. 1,60 2,70
- Deutscher Weinbrand * . . . 1,90 3,40
- Jamaika-Rum-Verschnitt * 40 Vol. Proz. 1,70 3,00
- Burgunder-Punsch-Essenz . . . 2,10 3,90
- 8 Sorten Wein u. Spirituosen vom Fab. zu Extra-Preisen

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 18. 1. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 16 20 Uhr
Madame Butterfly

Freitag, d. 18. 1. Südliche Oper am Marktplatz. Turnus I 19 Uhr
Tannhäuser

Staats-Oper am Pld. Reobtl. R.-S. 20 19 1/2 Uhr
Don Giovanni

Staats-, Schauspielh. an d. Nikolaikirche A.-V. 16 20 Uhr
Oedipus

Staats-Schiller-Theater, Charlthg. 20 Uhr
Ist er gut — Ist er böse?

SCALIA

8 Uhr 8-5 Barbarossa 0250

Argentinita

und das große Januar-Programm
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
8 und 9 Uhr — 30 zu ermäßigten Preisen das ganze Programm

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lohreiner Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen
August, die Kanone!
Dazu das hervorrag. Januar-Programm
Für unsere Leser Gutschein für 100 Mark
Papier: nur 1,36 M., Sasse: 1,65 M.
Sonderpreis: 1,90 M., Dan. 1,90 M.

Sächsischer Sängerkonzert

Das neue Januar-Programm.
Nachm. halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Platz.
10 große Nummern!
KONZERT — TANZ!

8 METROPOL-THEATER

Lustige Witwe

mit **FRITZI MASSARY**
Max Hansen

Eloset, Jenkahn, Schiffer, Junkermann, Margolis, Steben, Beauty Girls, Jackson, Baye

Zwei Charell-Inszenierungen

In beiden Theatern Sonntag Nachm. 5 Uhr unget. Vorstellung. halbe Preise

GR. SCHAUSPIELHAUS 8

Casanova

mit **ALFRED JURGER**
Emmy Storm

Prind, Albers, Laska, Serda, La Jene, Winkelstein, Kusler, Anna, Bandow, Merges, Blankenhorn, Pische

Zwei Charell-Inszenierungen

In beiden Theatern Sonntag Nachm. 5 Uhr unget. Vorstellung. halbe Preise

Theater des Weltens

Täglich 8 1/2 Uhr
Franz Lehars triumphaler Erfolg!

Friederike

Räthe Dorich

Jens Helig, Holmann, Engelb., Umburg, Rex, Giller, Euse, Belzermann.

Gesellschafts-Unterhaltung.
Rolle des rauen Jünglings.
Teleph. Steinplatz 951 u. 7108.

Winter Garten

8 Uhr Kaffee erloszt

Drei Codonas

und weitere Varieté-Neubiten

Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
8 und 9 Uhr. 20 kleine Preise.

Renaissance-Theater

Tel. Steinplatz 901 u. 2103, 84.
Täglich 8 1/2 Uhr

„Das große ABC“

Regie: Gust. Hartung

Komische Oper (8 1/2)

Nach erfolgreich. Umarbeitung:

Paradies

der **süßen Frauen!**

Perkatt 4, 40, Bang 4, 40 M.

CIRCUS BUSCH

Täglich 8 Uhr: Circusattraktionen.
Zum Schluss
„Der gute Scherz“ mit **Maria Rasputin.**

CIRCUS BARUM

Berlin-Lichtenberg

Täglich abends 8 Uhr
ein Circusprogramm, wie es der Berliner fern sieht.

NEUE WELT

Täglich Monatsheft 102,14

Großes Bockbierfest

in den bayr. Alpen

7 Kannele — Neun Dekorationen — 50 bayr. Madeln
Eintritt 6 Uhr.
Sonnabends und Sonntag. Großer Alpenball

Volksbühne

Theater am Mühlentisch 8 Uhr

Die Bergbahn

Theater am Mühlentisch 8 Uhr

Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater 8 Uhr

Oelrausch

Staats-Schiller-Th. 8 Uhr

Ist er gut — Ist er böse?

Schauspiel am Platz der Republik 7 1/2 Uhr

Don Giovanni

Th. am Mühlentisch Täglich 8 Uhr

Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valett, Ander, Geron, Schautsch, Kühl, Lvovskij.

Sonnabend 20 1/2 U.

Orpheus

von Jean Cocteau
Bahn, Koppabänder, Mithel und ff. Gang.

Deutsches Theater

Norden 12, 20
8 Uhr, Ende 10 1/2 U.

Die Verbrecher

Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hillpert

Die Komödie

Städt. Theater 2414/7510
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 U.

Olympia

von Franz Molnar
Regie: Forster Larinaga.

Kammerspiele

Norden 12, 20
8, Ende nach 10 1/2 U.

Schauspiel

Komödie von Edouard Bourdick
Regie: Forster Larinaga.

HALLER-REVUE

„Schön und schön“
Th. im Mühlentisch
Täglich 8 1/2 Uhr

Sonntag
Vorstellung
8 1/2 u. 9 1/2 Uhr. Besichtigung des neuen Festsaal.
8 1/2 Uhr

Römi

besonders

Wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Ausgabe der „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Wochenend im Paradies

Theater a. Köthbuser Tor

Köthbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Elite-Sänger Krach

DIE JANUAR-SENSATION!
Volkspreise: Mf. 0,50 h. 2,00, Logen 2,11

Thalia-Theater

8 1/2 Uhr

Oelrausch

Th. am Mühlentisch Täglich 8 Uhr

Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valett, Ander, Geron, Schautsch, Kühl, Lvovskij.

Sonnabend 20 1/2 U.

Orpheus

von Jean Cocteau
Bahn, Koppabänder, Mithel und ff. Gang.

Berliner Theater

Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 9
Dönhoff 170
Täglich 8 Uhr 9 Uhr
3 X Hochzeit
(Able's Irish Rose)

Kleinere Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in **Der Dickkopf**
Schauspiel. Lenda, Sterier, Siska.

Baronewsky-Bühnen

Theater in der Köpenicker Straße
8 1/2 Uhr
Bevalte im Erziehungshaus
Schauspiel
von P. M. Lampel.

Kombidionhaus

8 1/2 Uhr
Das Gold auf der Straße
8 1/2 u. 9. Bernauer u. Osterreicher

Thalia-Theater

Tresauer Str. 12-7.
8 1/2 Uhr
„Oelrausch“

Planetarium am Zoo

früh, mittags, abends
Noit, 1575
16 Uhr
Der Sternhimmel im Winter
18 Uhr
Mars und seine Götter
20 Uhr
Mond u. Sonne

Gesunden Schlaf kräftige Nerven

verschafft bei längerer Kur

Baldovin

WZ 342681. Man achte auf den gez. gesch. Namen.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, wenden wir Verkaufsstellen nach O1-0-Stein 4-01. C. emel

Große sehenswerte Ausstellung

„Der gedeckte Tisch“

17. bis 26. Januar

eine große Anzahl geschmackvoll dekorierter Tafeln für alle festlichen Gelegenheiten. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Beim Barkauf kompletter Tafel- und Kaffeeservice sowie kompletter Trinkgarnituren während der Ausstellungsauer

10% Sonderrabatt!

P. Raddatz & Co.

Leipziger Straße 122-123

Das Arbeitsschutzgesetz.

Neue Bestimmungen und neue Verschlechterungen.

Der Reichstag hat gestern seine Beratungen über das Arbeitsschutzgesetz abgeschlossen. Die Vorlage geht dann zu den Reichstagen. Dort soll sie — so wünschen das wenigstens verschiedene Stellen — womöglich noch bis Ostern verabschiedet werden.

Die Gewerkschaften haben an der überstürzten Erledigung der Vorlage kein Interesse. Es ist nach Lage der Dinge auch kaum damit zu rechnen, daß der Reichstag die mit der Vorlage verbundene Arbeit und die bei verschiedenen Bestimmungen des Entwurfs sich entwickelnden Kämpfe bis Ostern hinter sich haben wird.

Die Arbeitsschutzgesetzvorlage hat bereits ihre Geschichte. Der alte Entwurf stammt noch aus dem Jahre 1926. Er ist damals im Dezember von der Regierung dem Reichspräsidentenrat und Reichstag vorgelegt worden. Der Reichstag hat diesen Entwurf in manchen Punkten abgeändert und im März 1928 mit 61 gegen 5 Stimmen angenommen. Infolge der Neuwahl des Reichstags im vergangenen Jahre und durch den damit verbundenen Regierungswechsel kam es zunächst zu keiner Reichstagsberatung des alten Entwurfs. Es wurde vielmehr durch den neuen Reichsarbeitsminister einer abermaligen Um- und Ueberarbeitung unterzogen. Dabei wurde vor allem der Abschnitt über die Durchführung des Gesetzes, d. h. über die

Gestaltung der Arbeitsaufsicht

reguliert und damit einer Forderung der Gewerkschaften zu einem Teil Rechnung getragen. Der umgearbeitete neue Entwurf ist nunmehr vom Reichstag abermals durchberaten und wiederum in verschiedenen Punkten abgeändert worden.

In der Aufsichtfrage sieht der neue Entwurf, wie in dem schon erschienenen Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburgs mitgeteilt wird, von einer Ueberleitung der Befugnisse der Berufsvereinigungen auf die amtliche Arbeitsaufsicht und ebenso von einer Vereinfachung ab. Der Forderung auf Mitwirkung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Durchführung des Arbeitsschutzes kommt er etwas entgegen. Gestärkt wird der Einfluß des Reichsarbeitsministers. Vor allem sollen die vom Reichstag nur für den „Beharftfall“ vorgesehenen Oberarbeitsaufsichtsräte allgemein vorgeschrieben und mit verschiedenen bisher hinter den einzelnen Landesbehörden stehenden Befugnissen ausgerüstet werden. Häufig bleiben jedoch in der Arbeitsaufsicht die Länder. Die als Arbeitsaufsichtsräte bezeichneten Aufsichtsbefugnisse, „Arbeitsaufsichtsräte“ und „Oberarbeitsaufsichtsräte“ sind Landesbehörden.

Arbeitsaufsichtsräte sind für bestimmte Bezirke zu errichten und können auch für bestimmte Gewerbebezirke errichtet werden. Die Oberarbeitsaufsichtsräte sollen mindestens 4 Arbeitsaufsichtsräte umfassen. Für die Abgrenzung der Bezirke ist die Zustimmung des Reichsarbeitsministers notwendig. Bei der Bestimmung der Bezirke kann der Minister vorschreiben, daß für eine bestimmte Anzahl von Arbeitnehmern, die unter das Arbeitsschutz-

gesetz fallen, mindestens je eine Aufsichtsperson des höheren und mittleren Dienstes zu bestellen ist. Für den höheren Aufsichtsdienst steht der Entwurf eine besondere Prüfung vor. Nach Bedarf sind an der Arbeitsaufsicht auch

geringere Arbeitnehmer

zu beteiligen. Die obersten Landesbehörden haben sich vor grundsätzlichen Anordnungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes mit dem Reichsarbeitsminister zu beraten.

Bei Beratungen von allgemeinen Arbeitsschutzfragen ist bei dem Oberarbeitsaufsichtsrat ein Beirat für Arbeitsschutz zu errichten, der aus der gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bezirks sowie Vertretern der beteiligten Länder besteht. Die Entscheidung des Oberarbeitsaufsichtsrats über Beschwerden erfolgt in der Besetzung mit einem Mitglied dieses Rates und je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Reichsarbeitsminister kann mit den Arbeitsschutzbehörden unmittelbar verfahren. In allgemeinen Fragen des Arbeitsschutzes wird er vom Reichsausschuß für Arbeitsschutz beraten. Ueber Beschwerden entscheidet eine beim Reichsarbeitsministerium errichtete, mit drei Beamten des Ministeriums sowie je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzte Beschwerdestelle.

Die Polizeibehörden haben die Arbeitsschutzbehörden zu unterstützen. Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichstags Richtlinien für die unterstützende Tätigkeit der Polizeibehörden erlassen. Neu ist für die Aufsichtspersonen das Recht vorgegeben, bei Besichtigungen nicht nur die

Beteiligung eines Mitgliedes der Betriebsleitung

sondern auch einzelner beteiligter oder sachkundiger Arbeitnehmer zu verlangen; ebenso ist neu die Bestimmung, daß die Oberarbeitsaufsichtsräte die Einzelberichte über die Tätigkeit der Komitees zusammenfassen und dem Reichsarbeitsminister vorzulegen haben.

Die Arbeitsaufsicht über die Betriebe und Verwaltungen des Reichs und der Länder soll nach wie vor einer von der obersten Reichs- bzw. Landesbehörde bestimmten vorgesetzten Behörde zustehen. Die obersten Reichs- bzw. Landesbehörden sollen diese Arbeitsaufsicht auch den Arbeitsschutzbehörden übertragen, aber auch bestimmen können, daß die Arbeitsaufsicht über die ihrer Dienstaufsicht unterstehenden Verwaltungen des öffentlichen Rechts nicht den Arbeitsschutzbehörden, sondern der Dienstaufsichtsstelle zusteht. Alle diese Bestimmungen schaffen noch lange keine Arbeitsaufsicht, wie sie die Gewerkschaften in ihrem vor Jahresfrist vorgelegten Entwurf für Schaffung einer Reichsarbeitsaufsicht gefordert haben. Man sieht schon an diesem einen Punkt, ganz abgesehen von Verschlechterungen des Entwurfs durch den Reichstag, wie z. B. in der Frage der Arbeitszeit für die kleineren Betriebe, daß der Reichstag ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen haben wird.

Die Gewerkschaften in Skandinavien einfallen haben, um die dortigen Gewerkschaften in den Dienst ihres Kampfes gegen die freigewerkschaftliche Bewegung zu stellen, gründlich fehlgeschlagen ist. Die Russen sind demnach jetzt wie vorher nur auf die Mühsale ihrer bezahlten Handlanger in den verschiedenen Ländern angewiesen, d. h. auf Leute, die ihrer Rachschifferei durch maßlose Verdächtigungen, Beschimpfungen und unbeweisbare Beschuldigungen der Gewerkschaftsbewegung und deren Führer Ausdruck verleihen.

Kohlenarbeiterstreik im Kleinhandel.

Keine Gefährdung der Brennstoffversorgung.

Die Transportarbeiter der Fuhrbetriebe, die von den Kohlenkleinhändlern Berlins mit dem regelmäßigen Abtransport der Brennstoffvorräte von den Güterbahnhöfen beauftragt sind, stehen seit gestern vormittag im Streik. Sie verlangen an Stelle der bisher als Entlohnung gezahlten 1 Pf. für den Zentner einen Lohn von 13 Pf. Die Arbeitsniederlegung, mit der die Gewerkschaften nichts zu tun haben, da es sich um gewerkschaftlich nichtorganisierte Arbeiter handelt, die einem Kohlenverein angehören, erfolgte, obwohl für Ende dieser Woche Verhandlungen über die Lohnforderungen vor dem Schlichtungsausschuß vereinbart waren.

Ein neues Lohnabbauinstrument.

Der Unternehmerverband löst sich auf.

Die deutsche Stroh- und Weiscentindustrie hat schon seit einiger Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie üblich, sehen die Unternehmer keinen anderen Ausweg aus ihrer schwierigen Lage als den, sich von den tariflichen Bindungen gegenüber ihrer Arbeiterschaft zu befreien, um so freie Hand zu bekommen bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Strohindustriellen einfach ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, den Arbeitgeberverband für die deutsche Strohindustrie, aufgelöst und sich somit tarifunfähig erklärt.

Es hat allerdings geraume Zeit gedauert, bis die Unternehmer auf diese fündige Idee gekommen sind. Bereits zum 30. September v. A. war vom Holzarbeiterverband der Reichsarbeitsvertrag für die Strohindustrie geschlossen und den Unternehmern auf ihren besonderen Wunsch hin schon im August die Forderungen der Arbeiter unterbreitet worden. Die Unternehmer hatten auch zugesagt, rechtzeitig über den Neuabschluss des Vertrages nachzuhandeln zu wollen. Aber erst unter dem 18. Dezember übermittelten sie dem Holzarbeiterverband ein Schreiben, worin sie zunächst in breiten Worten ihre schwierige Geschäftslage schilderten und schließlich mitteilten, daß ihr Arbeitgeberverband in seiner bisherigen sozialpolitischen Form aufgelöst sei und nur noch als reiner Wirtschaftsverband weiterbestehe. In dem Schreiben wird dann noch zum Schluß mit-

geteilt, daß der Arbeitgeberverband als letzte „sozialpolitische Handlung“ beschlossen habe, dem Holzarbeiterverband das Lohnabkommen für diese Industrie zum 28. Februar zu kündigen, so daß ab 1. März d. A. für die Stroharbeiter keine tarifliche Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen mehr besteht.

Die Unternehmer werden ihre Absicht, die sie mit dieser „Tarifunfähigkeit“ verfolgen, nicht verwirklichen können, wenn die Arbeiterschaft der Strohindustrie weiterhin trotz der Organisation steht. Es gilt nunmehr, auf dem Posten und Kampfbereit zu sein für den Fall, daß die Unternehmer zur Verwirklichung ihrer Abschlüsse scheitern sollten. Im übrigen haben nunmehr auch die Arbeiter freie Hand.

Verhandlungen in der Kaliindustrie.

Um Arbeitszeit und Löhne.

Bodum, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der Deutsche Bergarbeiterverband teilt mit: Die in Berlin geführten Verhandlungen über ein Mehrarbeitszeitabkommen in der Kaliindustrie gestalteten sich außerordentlich schwierig. Die Unternehmernvertreter verlangten gleichzeitig die Neuregelung der Löhne. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die Arbeitszeit außergewöhnlich lang ist und die Löhne sehr niedrig stehen. Eine Verständigung konnte nicht erzielt werden, weil man sich über das Ausmaß der Verkürzung der Arbeitszeit und das der Lohnerhöhung noch nicht einigen konnte. Neue Verhandlungen finden am 21. d. M. in Berlin statt.

Konflikt bei Greiling.

Bei der Zigarettenfabrik Greiling in Dresden sind Tabakaufschließmaschinen aufgestellt worden. Der Organisation war es trotz mehrmaligen Verhandeln nicht möglich, einen Lohn für die daran beschäftigten Arbeiterinnen festzusetzen. Als alle Verhandlungen gescheitert waren, legte die Abteilung geschlossen die Arbeit nieder. Die Arbeiterinnen erhielten nun zwar den geänderten Lohn rückwirkend ab 20. November 1928, von der Firma wurde jedoch der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällt am 9. Januar eine Entscheidung, die den neuen Lohn um 3,50 M. pro Woche kürzt. Die Arbeiterinnen lehnten den Spruch in einer am 10. Januar stattgefundenen Versammlung einstimmig ab. Daraufhin wurde ihnen das Arbeitsverhältnis für den 12. Januar gekündigt. Betriebsleitung und Gewerkschaft verhandeln nacheinander die Differenzen bezulegen. Es wurde erklärt, die Kündigung werde nicht zurückgenommen, es würden andere Arbeitskräfte eingestellt. Auf den Hinweis, daß die übrigen Arbeiterin, die tarifiert sei, das nicht ruhig hinnehmen werde, erfolgte prompt die Antwort: „Dann sperre ich eben aus.“ Die Organisation nimmt den ihr von der Firma Greiling ausgehenden Kampf auf.

Abgelehnter Schiedspruch.

Reichel, 17. Januar.

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie hat in seiner heutigen Mitgliederversammlung den Schiedspruch des rheinischen Schlichtungsausschusses vom 12. Januar einstimmig abgelehnt. Als Begründung wird ausgeführt, die Kreisleiter Seidenindustrie sei mit der geltenden deutschen Tarifindustrie der Meinung, daß die wirtschaftliche Lage nicht die geforderte Lohnerhöhung rechtfertige. — Natürlich!

Schiedspruch für Metallindustrie Ostoberschlesiens.

Sattmühl, 17. Januar.

Der Schlichtungsausschuß für die westpreussische Metallindustrie fällt gestern in dem schwebenden Tarifstreik einen Schiedspruch, wonach die Tariflöhne ab 16. Januar um 6 Prozent erhöht werden, während die Gewerkschaften eine Erhöhung um 20 Prozent gefordert hatten. Die gemündete anderseitige Regelung der Kohlengehaltsabgabe wurde vom Schlichtungsausschuß nicht anerkannt. Die Berechnung der Kohlenabgabe erfolgt vielmehr nach dem bisherigen Modus. Der Spruch hat Gültigkeit bis zum 30. September.

Bereinheitlichung der Lohnstatistik.

Im Internationalen Arbeitsamt tagte vom 12. bis 16. Januar eine Konferenz von Lohnstatistikern aus Amerika, Deutschland, Frankreich, England und Italien, die die Möglichkeit einer Vereinheitlichung der Lohnstatistiken zur Herstellung einer besseren Vergleichbarkeit prüfte. Es wurde ein ständiger Ausschuß eingesetzt, der die Verbindung zwischen den vertriebenen Ländern zur Erzielung einer allmählichen Annäherung der Lohnstatistiken aufrecht erhalten soll.

Stellung, Berliner Verkehrs-K. O. I. Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, bei Geogr. Anstalt, Berlin-Charlottenburg, 3. (näher U-Bhf. Anhalterstraße), wichtige Fachausstellung aller SPD. Genossen. Alle Genossen der Straßenbahn, Hochbahn und U-Bahn müssen erscheinen.

Der Reichsarbeitsrat.
SPD. -Faktion der Petzenmühlener bei Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Heute, Freitag, 18. Januar, im Hotel Carlisle, Charlottenstraße 7-8, 8. Etage, Hochstraße, Besprechung. Alle Parteigenossen müssen bestimmt erscheinen sein.

AGL-Bezirkskonferenz Brandenburg.

Sonntag findet im Berliner Gewerkschaftshaus eine Bezirkskonferenz des AGL-Bezirks statt. An ihr nehmen teil die Delegierten des AGL-Bezirks Berlin und der AG-Ortsvereine in den Kreisen: Brandenburg und Gesamt-Mittel-Brandenburg. Die Konferenz hat vor allem die Aufgabe, die Beziehungen zu treffen, die zur Durchführung der Bewegung für die Parteifunktionäre notwendig sind. Der Bezirksleiter Altmann spricht über „Die Organisation des Parteifunktionärs“, AGL-Bundessekretär Göring über „Die Angelegenheiten der Wirtschaft“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 18. Januar, tagen die Gruppen: Kochring, Jugendheim, Schul-Comité, Berlin, 10. Platz; Süd und Nord in der Jugendbewegung. — Verbandsrat, Jugendheim, Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, im Charlottenburger Theater (über dem Reichstag). — Jugendrat, 10. Platz; Kochring, 10. Platz; Schul-Comité, Berlin, 10. Platz; Süd und Nord in der Jugendbewegung. — Jugendrat, 10. Platz; Kochring, 10. Platz; Schul-Comité, Berlin, 10. Platz; Süd und Nord in der Jugendbewegung.

Jugendgruppe des Petrolverbandes der Anwohner

Heute, Freitag, 18. Januar, folgende Besprechungen: Petrol-Verband, Jugendheim, Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, im Charlottenburger Theater (über dem Reichstag). — Jugendrat, 10. Platz; Kochring, 10. Platz; Schul-Comité, Berlin, 10. Platz; Süd und Nord in der Jugendbewegung.

Musikaufträge

Überall man mit dem Namen des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rindfleischmarkt 63/64, Telefon 8271-78, Kontaktieren. — Besetzung: 2-4, Sonntag 10-2 Uhr. — 22. Bezirk, Petzenmühlener.

Die hohe Reichsbahnbureaucratie.

Sie weiß alles und will keine Mitarbeit des Personals.

Der Herrenstandpunkt in der Reichsbahnverwaltung zeigt nach immer Zustände, die nicht als zeitgemäß angesehen werden können. Die Eisenbahnorganisationen hatten erfordern, auch den Bezirks- und Ortsbeamtenräten die Mitwirkung bei den Vorarbeiten zur Aufstellung des Beschlusses einzuräumen. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft hat diese Forderung abgelehnt. Diese Maßnahme entspricht ganz der auch sonst von der Reichsbahnverwaltung getriebenen Personalpolitik. Sie will ihren Herrenstandpunkt um keinen Preis aufgeben.

Betrifft die Eisenbahnbureaucratie nicht, daß die durch diese Art der Behandlung bei dem Personal systematisch geübte Erbitterung nur unzulässig auf den Dienst wirken muß? Müßten immer erst Rindfleisch für Explosionen geschaffen werden, ehe die Bureaucratie einkehrt? Was nicht den Beamten der Hauptbeamtenrat, wenn nicht von unten heraus allen Instanzen die erzwungene Mitarbeit ermöglicht wird.

Ein mißlungener Spaltungsvertrag.

Kein russisch-norwegisch-finnischer Vertrag.

Der Ausschuß der norwegischen Landeszentrale behandelte in seiner Sitzung am 7. Januar u. a. auch die Frage eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen von Norwegen, Finnland und Rußland. Auf Antrag des Vorstandes beschloß er mit 62 gegen 18 Stimmen, diese Frage bis auf weiteres ruhen zu lassen, da die Voraussetzungen für den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit der russischen Landeszentrale nicht vorhanden sind.

Damit ist eine Frage, die seit langer Zeit die Gemüter in den norwegischen und teilweise auch in den anderen skandinavischen Gewerkschaften beschäftigt, vorläufig aus der Welt geschafft. Die Leute, die auf dem letzten norwegischen Gewerkschaftstreffen den Antrag des Vorstandes auf Anschluß der Landeszentrale an den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) sabotierten und die Annahme ihres Antrages auf Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit den Russen und Finnen durchsetzten, haben durch die Entwidlung dieser Angelegenheit eine verdiente Zurechtweisung erfahren und werden jetzt noch abwarten, was die russischen Gewerkschaftsführer und deren Minuspensanen in Norwegen mit dem Kampf und Schande überschütet. Es hat sich gezeigt, daß die vom Vorstand der Landeszentrale auf dem Gewerkschaftstreffen vertretene Auffassung in Bezug auf die Einheitsfrage die richtige war. Außerdem haben die zwischen den norwegischen und russischen Verbänden geführten Verhandlungen bei Gegenwärtigen keine Aussicht, daß es den Russen gar nicht darum zu tun war, sich den bestehenden Berufsinternationalen anzuschließen, sondern daß ihre Bestrebungen dahin gingen, durch die Bildung sogenannter „Einheitskomitees“ und die Einberufung von Einheitskonferenzen eine Grundlage für die Spaltung und Vertiefung der internationalen Bewegung zu schaffen. Im großen ganzen kann gesagt werden, daß die eifrige Tätigkeit, die die Russen nach Auflösung des englisch-russischen Ge-



Die Lohnsteuererstattungen für 1928.

Wichtige Bestimmungen für Lohnsteuerzahler.

Im Jahre 1928 wurden rund 45 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgefordert. 1927 floss dieser Betrag auf 61 Millionen und 1928 auf etwa 65 Millionen Mark. Aus dieser Steigerung geht die außerordentliche Bedeutung hervor, die die Erstattungen für die Lohnsteuerzahler haben. Da die Finanzämter in diesen Tagen mit der Erstattung der Lohnsteuer auf Grund der im Jahre 1928 nicht voll berücksichtigten gesetzlichen Freibeträge begannen, sei auf die Bestimmungen hingewiesen, die von den Erstattungsberechtigten bei ihren Anträgen beachtet werden müssen.

Wer ist erstattungsberechtigt?

1. Wer im Jahre 1928 einen Verdienstausschlag gehabt hat, z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit,ersperrung, Streik, Kurzarbeit usw. und dadurch nicht in den Genuss der gesetzlichen Freibeträge gekommen ist.
2. Wer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse in seiner Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder oder mittelbarer Angehöriger, durch Krankheit, Unglücksfälle usw. oder durch besondere Aufwendungen für seine berufliche Fortbildung außergewöhnlich belastet worden ist.
3. Wer Lohnsteuer gezahlt hat, obwohl der Arbeitslohn nicht höher war als die gesetzlichen Freibeträge, wer also z. B. als Bedienter im ganzen Jahr nicht mehr als 1200 M. oder als Beurlaubter ohne Kinder nicht mehr als 1200 M. oder mit 1 Kind nicht mehr als 1440 M. usw. nach dem und trotzdem Steuer gezahlt hat.
4. Wer die Steuer auf Grund unrichtiger Berechnung gezahlt hat, bei dem also z. B. statt der tatsächlichen Familienverhältnisse festgesetzt worden sind. Ist jedoch dieser unrichtige Abzug vom Steuerpflichtigen selbst verursacht, weil er z. B. keine Steuerkarte nicht rechtzeitig vorgelegt oder bei Familienveränderung ihre Berechnung nicht beantragt hat, so ist die Erstattungsberechtigung nicht gegeben.

Wohin wird erstattet?

1. Niemals mehr als im Kalenderjahr 1928 an Lohnsteuer gezahlt worden ist.
2. Bei Verdienstausschlag für jede volle Woche (Zusammenrechnung von sechs Wochenstunden zu je acht Stunden zu einer Woche) der Arbeitslosigkeit, Krankheit,ersperrung, Kurzarbeit und des Streiks folgend nach dem Familienstand abgeleitete Zuschläge:

Lebensstand	3.-M.
verheiratet ohne Kinder	2,20
mit 1 Kind	2,40
mit 2 Kindern	2,75
mit 3	3,70
mit 4	5,15
mit 5	7,10
mit 6	9,-
mit 7	10,90
mit 8	12,85
mit 9	14,75

3. Diese Zuschläge sind niedriger als die für das Bezugsjahr, da die Einkommensteuer im Jahre 1928 zweimal geändert worden ist, und zwar auf Grund des Gesetzes vom 22. Dezember 1927 mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab und auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1928 mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ab. Entsprechend dieser Senkung sind auch die neuen Zuschläge festgesetzt worden:
3. bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtmäßigem Ermessen festgesetzt wird. Dabei ist besonders die Höhe des Einkommens maßgebend; es wird jedoch niemals mehr erstattet, als auf die besonderen Ausgaben an Steuern entfällt;
4. bei einem Jahreserwerb, der die Freigrenze nicht überschritten hat, der volle gesetzliche Lohnsteuerbetrag;
5. bei Kriegs- und Zivilbeschädigten nach der Erstattungsbeschränkung um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung erhöht;
6. bei Kurzarbeitern und sogenannten unfähigen Arbeitern der Unterschiedsbetrag zwischen der einbehaltenen Steuer und der sich nach Abzug der Freibeträge und Familienermäßigungen nach Arbeitslohn ergebenden Steuer.

Wie müssen die Anträge gestellt werden?

1. Die Anträge müssen im allgemeinen spätestens bis zum 31. März gestellt werden. In diesem Jahr ist jedoch wegen des Osterfestes der Endtermin auf den 2. April 1929 festgesetzt worden. Anträge, die nach diesem Termin eingereicht werden, bleiben unberücksichtigt, wenn nicht in ganz besonderen Fällen eine Ausnahme notwendig erscheint;
2. Die Anträge sind bei dem Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk der Steuerpflichtige am 10. Oktober 1928 seinen Wohnsitz gehabt hat;
3. Bei Erstattungsansprüchen wegen Verdienstausschlag muß der Antragsteller ein Formular ausfüllen, das auf dem Finanzamt kostenlos erhältlich ist; bei Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse muß der Antrag eine eingehende Darstellung dieser Verhältnisse sowie Angaben über die Höhe der besonderen Aufwendungen enthalten.

Welche Unterlagen müssen beigelegt werden?

1. In allen Fällen die Steuerkarte 1928, wenn sie nicht vom Arbeitgeber dem Finanzamt unverändert zugestellt worden ist. Wenn Steuermarken verwendet worden sind, sind die behaltenen und entwerteten Markenbogen oder die Bescheinigung des Finanzamtes über die bereits erfolgte Ablieferung dem Antrag beigezugeben;
2. Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Lohnes, der einbehaltenen Lohnsteuer, die Dauer der Krankheit usw., wofür Formulare auf dem Finanzamt kostenlos erhältlich sind;
3. bei Verdienstausschlag wegen a) Krankheit,ersperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte oder eine Bescheinigung des Berufsverbandes;
4. bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Nachweisungen oder sonstige geeignete Belege.

Entgegen aus der Vorberatung äußerte sich der Referent auch zu der Frage des Kontrahats. Genosse Rosenfeld ist gegen den Abschluß eines Kontrahats, weil dieser Staatsvertrag mit dem Papst eine untragbare Belastung einer fortschrittlichen Kultur- und Schulpolitik sein würde.

Zum Magdeburger Parteitag.

Bei den Delegierten des Kreises Kreuzberg sprach am Mittwoch in Rabes Festreden Reichstagsabgeordneter Karl Ditta. Er erklärte, daß die Schaffung eines Wehrprogramms nicht so wichtig sei, die Genossen, die einen Parteitag verlangen wollten, daß dieser zu der aktuellen Frage, ob die Partei die weiteren Katen zum Panzerkreuzer bewilligt, Stellung nimmt. In dem Wehrprogramm der Kommission kritisierte Genosse Ditta, daß in dem Paragrafen 3 eine positive Bejahung wehrpolitischer Ziele enthalten ist. Dem Entwurf müsse der Parteitag an die Kommission zurückverweisen, die die Formulierung ändern müsse. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß die deutsche Sozialdemokratie energisch für eine Bekämpfung des Wehrwunsches einstehe. Der Parteitag sollte an Stelle des Wehrprogramms beschließen, daß die zweite Rate für den Panzerkreuzer abgelehnt wird und daß die Partei von der Forderung und dem Ministerium erzwungen, daß sie im Reichstag dagegen stimmen. Weiter wünschte der Referent einen Beschluß des Parteitages, daß die Kosten für die Wehrmacht auf 500 Millionen Mark begrenzt werden. Sozialpolitisch müsse der Parteitag die Offenlegung der Steuerlisten fordern und die Anträge der Berliner Funktionäre auf Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Bezirke unterstützen. Bei den kommenden Verhandlungen müsse die Partei darauf dringen, daß ein klares Mindestprogramm aufgestellt wird. Nach einer eingehenden Diskussion wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Ein Antrag verlangte einen Beschluß des Parteitages, daß die Reichstagsfraktion und die Minister die zweite Rate zum Panzerkreuzer ablehnen. In einem anderen wurde die Offenlegung der Steuerlisten und die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung für alle Bezirke von der Vorberatung unterstützt. Entschieden wurde ein Antrag, daß ein grundsätzliches Wehrprogramm für unsere Partei zurzeit nicht dringlich ist. Die Parteigenossen haben in der Einbringung der Wehrvorlage nur eine Beschleunigung der Forderung vom 10. August. Notwendig ist, daß unsere Partei sich grundsätzlich und einmündig für Abrüstung im eigenen Lande einsetzt, ohne Rücksicht auf die Ideologie der sogenannten Landesverleumdung. Als Delegierte für den Parteitag wurden die Genossen Schweifardt und Lichte vorgeschlagen. In den Bezirkstag wurde ein Antrag gestellt, der von dem zum Bezirksverband Berlin gehörenden Reichstagsabgeordneten verlangt, daß sie sich entschieden für den Beschluß der letzten Berliner Funktionärsversammlung in der Reichstagsfraktion einsetzt.

Gustav Höpner zum 80. Geburtstag.

Wer weiß heute noch etwas von Gustav Höpner? Dennoch ist an seinem 80. Geburtstag daran zu erinnern, daß er in seiner Beziehung auf dem Gebiet der modernen Schauspielkunst bahnbrechend gewirkt hat. Am 22. Januar 1849 in Berlin geboren, hat er sich zuerst in der Provinz als Darsteller und Regisseur betätigt, um sich dann unter James Simon als Leiter bei Kroll den Vorkursunterhaltungen zu widmen. Damit wurde er zu einem Vorläufer der Volkstheaterbewegung. Er war es auch, der als der erste den Gedanken Goethes wieder aufnahm und eine Freilichtbühne errichtete und zwar mit Goethes „Lust auf Verliebten“ und Schillers „Wallensteins Lager“ im Viktorien-Park in Wilmersdorf zugunsten der Volkstheater Wilmersdorf. Im Jahre 1886 begründete er in Berlin die Bühnenschule für Schauspielkunst, aus der namhafte, jetzt noch wirkende Künstler hervorgingen. Auch als Theaterdichter hat sich Höpner betätigt. Das Märchenausstattungsstück „Satan auf Rollen“ ist hundertmal in Berlin und Hamburg usw. aufgeführt worden. Sein Jahrestag ist es für uns den „alten Höpner“ geworden, der in seiner Krankheit seinen Lebensabend verbringt. Wenn je, so hat sich an ihm das Dichtermotiv bewahrheitet: Dem Nimen flücht die Nachwelt keine Kränze.

Freie Sozialistische Hochschule. Am kommenden Samstag, dem 19. Januar, 19 1/2 Uhr, findet im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, ein Vortrag des Genossen Prof. Dr. S. Ward-Brosiau über das Thema: „Proletarischer Kulturwille und Klassenkampf“ statt. Karten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, links 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstraße 3, 2. Hof, links 2 Treppen; Buchhandlung J. A. M. Diez, Koch-, Lindenstraße 2; Zentralverband der Angehörigen, Belle-Alliance-Str. 7; Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstraße 65; Holzarbeiter-Verband, Im Röllchen Park 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße, Ecke Luisenpark; Zigarrengeschäft Horst, Engelstraße 24/25; M. W. Osterlich, Engelstraße 24/25 (Gewerkschaftshaus); Verlag des Bildungsverbandes der heutigen Buchdrucker, Dreibrundstraße 3.

Berufsunfähige Vorkräfte des Arbeitsamts Berlin-Mitte. Das Arbeitsamt Berlin-Mitte, Berufsberatungsbüro, veranstaltet am 21. und 22. Januar im Bürgerhaus des Berliner Rathauses berufsunfähige Bewerberinnen zu dem Zweck, die Eltern vor der Berufswahl lebenden Jugendlichen und deren Eltern über die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Berufswahl und die vorhandenen Berufsmöglichkeiten aufzuklären. Der 1. Vortrag findet am 21. Januar, nachmittags 5 bis 7 Uhr, statt, unter dem Thema: „Vop der Schulkant in den Beruf.“ Hierbei sollen vor allem die wichtigsten Vorbedingungen für eine rechte Berufswahl erörtert werden. Am 22. Januar werden in der Zeit von 5 bis 7 Uhr die Berufsmöglichkeiten für die Mädchen und in der Zeit von 8 bis 10 Uhr die Berufsmöglichkeiten für Jungen besprochen. Diese berufsunfähigen Vorkräfte werden durch sachverständige Berufsberater und Berufsberaterinnen unter Benützung von Bildbüchern beigegeben. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk - Mitte.

Die am 18. Januar tagende Bezirksversammlung des 1. Verwaltungsbezirks fand unter dem Zeichen der Vorstandswahl statt. Genosse Riese wurde mit 30 Stimmen gewählt, der kommunistische Stadt- und Bezirksverordnete Schulz erhielt nur neun Stimmen. Die Fraktion Mitte, in der Demokraten, Zentrum, Wirtschaftspartei und Volkspartei zusammengefaßt sind, gab weisse Ja-Stimmen ab. Als Vorsteherstellvertreter wurden gewählt Dr. Bahse (Dnnt) und Genosse Thiemcke. Der Kommunist Schulz unterlag bei beiden Wahlgängen, da er stets nur die neun Stimmen seiner Freunde erhielt. Da auch als Stellvertreter kein Kommunist gewählt wurde, ist die SPD nicht im Vorstand der Bezirksversammlung vertreten; sie hat sich diese Schlappen wie in der Stadtverordnetenversammlung durch ihr Aus-bei-Reihe-Lenzen selbst verschaffen. Auch bei diesen Wahlen entschied sich die „Mitte“ der Stimme, weil der Anspruch der Demokraten auf das Amt des 1. Vorsteherstellvertreter, den sie als angelehnt zweifelhafte Praktiker geltend machten, nicht erfüllt wurde. Nach einer Reihe heftiger Vorlagen stimmte die Bezirksversammlung einem Schreiben des Bezirksamtes an den Magistrat zu, in dem dieser ersucht wird, dem Bezirk Mitte für die Zwecke seines Steueramtes, das am Bülowplatz östlich der Volkshöhne aufstehende Verwaltungsgebäude zu überlassen. - Aus Vorbehaltsmitteln wurden 2200 Mark für den provisorischen Ausbau einer Warmhalle im Hause Karstraße 3 einstimmig zur Verfügung gestellt. - Eine Anfrage der Deutschen Nationalen über die Rückgabe der Schwangerenfürsorge des Bezirks wurde dem Verwaltungsausschuß des Jugendamtes überwiesen. Die Anfrage betraf vornehmlich die Frage, ob die Schwangeren zur Empfängnisverhütung notwendigen Unterlagen nicht erst drei Treppen emporklettern müßten, um notwendige Unterschriften zu erhalten. Genosse Hermann, der Delegierte des Jugendamtes, versprach, Mittel zu schaffen, sobald neue Räume zur Verfügung ständen. Die Räume, die das Jugendamt heute hat, seien völlig unzureichend. Der Verwaltungsausschuß des Jugendamtes werde jedoch noch einmal prüfen, ob eine andere Lösung möglich wäre. - Die erste Sitzung der Bezirksversammlung zeigte also trotz anfänglicher Obstruktionen und Sonderwünsche doch, daß die Wehrheit der Versammlung zu ernstlicher praktischer Arbeit für den Bezirk gewillt ist!

Kommunistische „Laktin“.

3. Bezirk - Wedding.

Auf der Tagesordnung der letzten Bezirksverordnetenversammlung stand die Wahl des Vorstandes. Da die SPD an ihrem alten Standpunkt festhielt, daß der Vorstand nach der Größe der Fraktionen zu besetzen ist, gab die KPD die Erklärung ab, daß sie für alle Rollen allgemeine Kandidaten aufstellen werde. Die Folge war, daß die Kommunisten bei der Besetzung des Vorstandes ganz ausfielen. Es wurden gewählt: Brodat (Soz.), Vorsteher; Diejchitz (Soz.), 1. Stellvertreter; Gengow (bürgerl.), 2. Stell-

vertreter; Breitenfeld (Soz.), 1. Schriftführer; Riffa (Jtr.), 2. Schriftführer; Krolenbrink (Soz.), 1. Stellvertreter; Schulze (bürgerl.), 2. Stellvertreter. Bei der Beratung der Vorlage über die Umbenennung der Straßen stellte die SPD den Antrag, die Balfinstraße in Ewaldstraße umzubenennen. Ewald war der erste sozialdemokratische Stadtverordnete Berlin. Er hatte seine ganz besondere Liebe seinem Heimatbezirk, dem Wedding, zugewandt. In Gemeinschaft mit den Deutschen Nationalen lehrten die Kommunisten den Vorstoß der SPD ab. Sie forderten durchaus eine Soz- und eine Sozialstraße, was wiederum von der SPD abgelehnt wurde. Bei der Besprechung des Vorprogramms der Untergangsbahn wurde der folgende Antrag angenommen: „Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen, ob der Fluchtlinienplan baldigst geändert werden kann, indem die Vorgärten der Bad-, Schwaben- und Epersterstraße entfernt und die Parkbänke und der Hochbaum in der Badstraße verbleiben werden.“

Die Sozialdemokratie zur Koalition.

In einer Mitgliederversammlung des Kreises Reinick, die am Montag in Erbes Festhallen in der hohenheide abgehalten wurde, referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Bönenstein über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Reichsregierung. Die Partei - so führte der Referent aus - ist für Mitarbeit in der Regierung, um die Reaktion abzuwehren und Aufzuarbeit zu leisten. Die Mitarbeit unserer vier Genossen in dem Kabinett ohne feste Parteibindung hat in einzelnen Fragen gezeigt, daß Mitarbeit in der Regierung sehr wertvoll sein kann. Die Hauptsache ist gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien durchzuführen. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung war die Aufhebung der Verbotsverordnungen, keine Todesstrafen mehr auszuführen, Gelungen ist es auch, Steuerermäßigungen und Einziehung der 40 Millionen ausstehenden Vermögenssteuer durchzuführen. Stärkte Kritik jedoch wird die Absicht, das Defizit des Reichshaushaltsplanes durch Erhöhung der Verbrauchsteuer decken zu wollen, herauszufordern. Die Partei kann nur in einer Regierung mitarbeiten, die sozial eingestellt ist und nicht nach die Steuerlasten für die Arbeiterschaft erhöht. Als Erfolg der Regierungsmitarbeit muß gebucht werden die Erweiterung der Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung und die Festsetzung der Lohnplandungsgränze auf 45 M. Die Wiedereinführung der Bedürfnissteuer bei der Arbeitslosenunterstützung von Saisonarbeitern muß energisch bekämpft werden. Die Partei wird bei den Verhandlungen über die Große Koalition bestimmte Garantien fordern müssen, daß nicht weiterer Abbau des sozialen Rechtes erfolgt. Auch die Erhebung des Ruhefortschrittes bei gesetzl. daß die Unternehmer Macht gegen Macht einlegen. Die Aufwindung Senerings, die Leno aufzulösen, war Initialis, Struder die sich die gesamte Partei freudig gefallt hat. Die bürgerlichen Parteien müssen merken, daß hinter den vier Genossen in der Regierung die Millionenpartei steht. Bei der Beratung des diesjährigen Staat wird es zu harten Kämpfen kommen. Von dem Arbeitsprogramm, das sich die Regierung stellt, wird es abhängen, ob die Partei in die Umbildung der Regierung in eine der Genügen Koalition hilft. Auf

Bel
Grippe-Gefahr
Formamint
zur Vorbeugung.

Vielversandtes von den Ärzten anerkanntes Schutz- u. Desinfektionsmittel für Mund und Rachen, die Einangspforte der meisten Krankheitskeime

Erhältlich in Apotheken und Drogerien

